Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung

Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS

Band: 5 (1976)

Heft: 11

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A.Z. 8001 Zürich Rämistr. 66

5. Jahrgang Nr. 11
10. November 1976
Kiosk Fr. 1.50

das konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz. Auflage 32 000

Redaktion: Konrad Fisler, Ruedi Küng, B.D. Niebuhr, Rolf Nef, Beat Schweingruber
Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. ☎ (01) 47 75 30
Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. ☎ (01) 47 34 00
Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.– (Ausl. 20.–) Schüler und Lehrlinge Ermässigung

Unsere Gesellschaft und ihre Drogen
Wie geht man bei uns mit den Drogenabhängigen um? *Seite 2*

Als der Kalte Krieg die Studenten erhitzte . . .
1956 wurde von den Studenten eine Polit-Hatz veranstaltet *Seite 3*

Hochschule Aargau auf der Abschussrampe *Seite 5*

Schenken Sie Ihren Freunden reinen Wein ein, schenken Sie ihnen «das konzept»!
Talon auf Seite 5

Zwei Jahre nach dem Sturz der Diktatur ist die griechische Demokratie noch nicht gerettet *Seite 7*

Im Prinzip ja, aber . . .

Dies ist die Pointe und der Schlusspunkt jener Witze, die in West und Ost als «Radio Eriwan»-Kommentare zu Fragen aus der Bevölkerung formuliert und kolportiert werden. Im Westen werden sie genussvoll als Widerspruch zwischen Grundsatz und Realität verdaut.

In einer Stadt, die nicht im Süden der Sowjetunion liegt, sondern an der Aare, ereignete sich dieses Jahr folgendes: Die dortige Regierung eines freien westlichen Landes, in dem die Volksrechte hochgehalten werden, beschloss, die Vernehmlassungen, zu Gesetzen, oder zumindest deren Zusammenstellung für die Regierung, vollumfänglich zu veröffentlichen. Die sieben Regierungsmänner dachten bei ihrem mutigen Entschluss sicherlich nicht an jene böse Presse, die immer destruktiv, schmutzwerfend zur Stelle ist, um alles in den Dreck zu ziehen, sondern an das Volk, dessen Interesse an den zu Abstimmungen anstehenden Staatsgeschäften immer geringer wurde. Sie hoffte, so ist zu vermuten, mit mehr Information und Transparenz bezüglich der verschiedenen Standpunkte und Interessen den Stimmbürgern die Urnengänge zu erleichtern.

Löblich, löblich sei dies, sagten Presseleute und dachte das Volk, durch diese über die Neuigkeit informiert. Der Grundsatz ist wahrlich zu loben, allein die Praxis . . .

Jemand in der Redaktion einer Monatszeitung mit «konzept» nämlich kam auf den Gedanken, die Regierungsmänner beim Wort zu nehmen und sich dafür zu interessieren, was Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Parteien und Kantone zu einem neuen Gesetzentwurf zur Verbesserung der beruflichen Bildung (Lehrlingsausbildung, Weiterbildung von Berufsleuten, Berufsschulwesen) gemeint hatten. Auf die entsprechende Anfrage an das zuständige Departement kam folgende Antwort: «In bezug auf die Veröffentlichung der Ergebnisse von Vernehmlassungsverfahren herrschte bis jetzt eine uneinheitliche Praxis der Departemente. Der Bundesrat hat nun kürzlich angesichts dieser Sachlage beschlossen, dass die Zusammenstellung der Vernehmlassungsergebnisse im Prinzip zu veröffentlichen ist. Da jedoch der Bundesrat voraussichtlich Mitte November die Botschaft an die Bundesversammlung zu einem neuen Berufsbildungsgesetz verabschieden wird, soll davon Umgang genommen werden, die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens vorgängig noch zu veröffentlichen. Diese Lösung rechtfertigt sich auch deswegen, weil in der Botschaft eine Zusammenfassung der Vernehmlassungen enthalten sein wird. Mit freundlichen Grüssen . . .»

Die telefonische Erläuterung zu diesem «Umgang nehmen» hiess: «Wissen Sie, wir haben damals die Vernehmlassung zum Mitbestimmungsartikel vollumfänglich herausgegeben. Das hat viel Ärger gegeben. Da haben manche Verbände (wohl kaum die Gewerkschaften!) nachher gesagt: Wenn wir gewusst hätten, dass das veröffentlicht wird, hätten wir etwas anderes geschrieben.»

Mit Goethe zu sprechen: Grau, teurer Freund, ist alle Theorie. Oder: Im Prinzip ja, aber im Konkreten . . .

B. Dietrich

PS: Die Redaktion «das konzept» bemüht sich gegenwärtig mittels rund 50 Briefen an Kantone, Parteien und Verbände direkt, mehr Material als die angekündigte «Zusammenfassung der Vernehmlassungen» zu erhalten.

Fabrikbesetzungen und Streiks in der Westschweiz

Die kämpferischen Arbeiter der Westschweiz

Fabrikbesetzungen, «Work-ins» und Streiks kennt man vor allem in Italien, Frankreich, Grossbritannien und Holland. Für die Schweiz stellen solche Kämpfe in jüngerer Zeit ein Novum dar: Bulova, Matisa und Dubied sind ihre Namen. Aber nicht die ganze Schweiz hat bisher den sozialpolitisch rauheren Wind zu spüren bekommen: Resolute Aktionen der Arbeiter und Angestellten fanden nur in der Westschweiz statt; die Unternehmer in der übrigen Schweiz sonnten sich im Arbeitsfrieden. Woher kommt dieser Unterschied? Marcel Schwander zeichnet die bedeutendsten Konflikte der jüngsten Zeit nach und versucht, eine Begründung für ihren Verlauf zu geben. Dabei kommt er zum Resultat, dass es in erster Linie die Tradition in der Arbeiterbewegung der Westschweiz und auch in derjenigen des angrenzenden französischen Gebietes ist, welche die geschlossene und starke Haltung der Arbeiter bestimmte.

Elf Tage lang besetzten im Januar die Arbeiter das Werk Neuenburg der *Bulova Watch Company*, die in New York vom tschechischen Emigranten Joseph Bulova gegründet worden war und die (seit 1921) mit einem Schweizer Hauptsitz in Biel Uhrwerke mit Zifferblatt (und der gesuchten Bezeichnung «Swiss Made») nach Amerika zum Einbau in die Uhrenschalen liefert. Das Zweigwerk beim Bahnhof Neuenburg war ein Jahrzehnt zuvor mit finanziellem Beistand der Stadtbehörden errichtet worden. Die Krise führte zu Entlassungen, und zur «Gesundschrumpfung» wollte man das Werk Neuenburg schliessen.

Die Schweizer Filialen hatten 1974 1,5 Millionen Uhren und Uhrenwerke exportiert, 1975 nur noch 650 000. 1974 hatten sie 1300 Personen beschäftigt, Anfang 1975 noch 800, denen erst noch eine 20prozentige Teilarbeitslosigkeit («Kurzarbeit») verordnet wurde. Eine Verlegung des Arbeitsplatzes nach Biel hätte den meisten der 189 in Neuenburg Beschäftigten (davon 130 Frauen) Schwierigkeiten gebracht. Die Umzugspläne wurden von der Fabrikleitung am 13. Januar offiziell bekanntgegeben. Doch damals war eben ein neues Abkommen der Uhrenindustrie in Kraft getreten, das die Arbeitgeber verpflichtet, wichtige Entscheide über Entlassungen und Betriebsverlegungen vorgängig mit den zuständigen Gewerkschaftsvertretern zu besprechen.

Zu Beginn eine Befehlsverweigerung

Die Rechtslage schien im Bulova-Konflikt bald klar: Die Firmenleitung hatte sich nicht an eine Vereinbarung gehalten; damit gab sie den Anstoss zu einer Rechtsverletzung von seiten des Personals. Ein Arbeiter erzählt: *«Gleich zu Beginn des Arbeitsjahres erhielt ich den Auftrag, einen Werktisch für den Abtransport nach Biel zu demontieren. Doch zum erstenmal habe ich mich geweigert, einen Befehl auszuführen.»* Die Befehlsverweigerung führte zum gemeinsamen Aufstand der gesamten Belegschaft, Kader inbegriffen. Neu war das Gefühl der Solidarität der Männer mit den Frauen, der Vorgesetzten mit den Untergebenen.

Die Arbeiter besetzten die Fabrik und hatten dabei die Unterstützung des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeitnehmerverbandes und die Sympathie der Behörden, und in dem harten Kampf gelang schliesslich dem Neuenburger Staatsrat René *Meylan* eine Vermittlung. Zentralsekretär Gilbert *Tschumi* vom SMUV erklärte: *«Wenn wir es zulassen, dass ein Patron neue Vereinbarungen gleich beim Inkrafttreten verletzt, geht jede Ordnung verloren. Wir wollen zeigen, dass wir die Vereinbarung verteidigen und dass sich auch unsere Partner daran zu halten haben.»* Vermittler René Meylan redete den Konfliktpartnern ins Gewissen: *«Wenn schlechte Arbeitgeber die Abkommen nicht einhalten, dann verlassen sie die Legalität ebensosehr wie Arbeiter, die eine Fabrik besetzen. Wenn man von den Arbeitern verlangen will, dass sie die Legalität nicht verlassen, dann müssen sich auch die Patrons daran halten.»* Die Personalversammlung stimmte einem Kompromiss zu: Der Transfer der Neuenburger Montageketten nach Biel wurde um ein Jahr verschoben; dem betroffenen Personal wurden weitere Garantien gegeben. Nach Ansicht des SMUV war dies «das Maximum des Möglichen», und auch Staatsrat Meylan gestand: *«Die Neuenburger Regierung wäre in eine beispiellose Verlegenheit gebracht worden, wenn die Bulova-Direktion wegen Verletzung des Eigentumsrechts Klage eingereicht hätte.»*

SMUV und CMV beim Matisa-Konflikt

Eine andere Lage zeigte sich im Arbeitskonflikt im Metallbauunternehmen *Matisa* (Matériel Industriel SA) in den Lausanner Vororten Crissier und Renens. Die Matisa SA produziert Maschinen für Bau und Unterhalt von Eisenbahnlinien; sie werden zum grössten Teil exportiert. In der Krise ging die Produktion zurück; Arbeiter wurden entlassen oder von Entlassung bedroht. Bei den Verhandlungen wollte die Mehrheit der 300 Werkstätterarbeiter mit einem «Warnstreik» Druck aufsetzen. Auf einem Flugblatt hiess es: *«Da die Verhandlungen keine Resultate gezeitigt haben, beschliesst die Personalversammlung mit allen gegen zwei Stimmen den Ausstand.»* Matisa-Direktor Pierre *Goël* bedauerte: *«Wir dürfen nicht unter Streikdruck handeln, da sonst die Gesamtarbeitsverträge und das Friedensabkommen in Frage gestellt würden.»* Das «Friedensabkommen», das erstmals 1937 unter dem Druck der Nazi-Bedrohung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Metallindustrie abgeschlossen und 1974 erneuert worden war, verpflichtet die Vertragsparteien (Arbeitgeberverband schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller [ASM] und die Gewerkschaften), «den Arbeitsfrieden zu wahren und zu dessen Einhaltung auf die Mitglieder einzuwirken», und es betont: *«Infolgedessen ist jede Kampfmassnahme wie Sperre, Streik oder Aussperrung ausgeschlossen.»* Die Streikenden hatten das Friedensabkommen offensichtlich verletzt, und der SMUV drängte vorerst auf Streikabbruch, trotzdem er die Forderungen der Streikenden im Prinzip unterstützte. Paul *Bonnot* vom SMUV-Zentralsekretariat in Bern meinte ursprünglich: *«Wir haben den Eindruck, dass sich die Begehren der Belegschaft, die wir gutheissen, aller Wahrscheinlichkeit nach auf dem Verhandlungsweg durchbringen lassen.»* Weniger formalistisch war man beim Christlichen Metallarbeiterverband (CMV), der sich unverzüglich auf die Seite der Streikenden stellte. CMV-Sekretär Joseph *Rey* erklärte: *«Wir bedauern zwar, dass es zu einer Kraftprobe kommt, doch der Arbeitsfriede ist nichts Absolutes: er ist zutiefst verbunden mit dem Respekt vor der Menschenwürde der Arbeiter und der Gerechtigkeit. Die Gewerkschaft ist nichts anderes als ein Instrument in den Händen der Arbeiter, sie hat nicht im Namen der Arbeiter zu entscheiden, sondern sich in den Dienst der legitimen Forderungen zu stellen. Die Arbeiter, die den Reichtum der Unternehmen geschaffen haben, sind Opfer der Gewalt: man wirft sie weg, sobald sie nicht mehr rentieren. Einmal mehr zeigt dieser Konflikt die Abhängigkeit der Arbeiter: sie werden behandelt wie eine Ware.»* CMV-Sekretär Bruno *Clément* formulierte noch prägnanter: *«Von Arbeitsfrieden kann man nur solange sprechen, als es Arbeit gibt. Ohne Arbeit ist ein Arbeitsfriede gar nicht möglich.»*

Nach langem Zögern machte der SMUV eine Kehrtwendung: die 25 Mitglieder des Verbandsvorstands, aus der ganzen Schweiz zu einer Sondersitzung hergereist, rangen sich ihrerseits zu einer Unterstützung des Streiks durch; die Firma (zusammen mit dem ASM) musste die unversöhnliche Haltung aufgeben; nach dreiwöchigem Streik kam es in den Verhandlungen zu einem Punktsieg der Gewerkschaften. Im Bulova-Konflikt hatten sich die Gewerkschaften auf die Abkommen berufen, im Matisa-Konflikt kam es zu einer «Relativierung der Friedenspflicht».

Dubied-Rebellion gegen das Schiedsgericht

Eine weitere Neuerung brachte der Streik in der Neuenburger Strickmaschinenfabrik *Dubied SA* mit Werken in Couvet, Marin und Peseux: Erstmals in der Geschichte des Friedensabkommens weigerte sich die Belegschaft eines Betriebs, sich dem Entscheid eines Schiedsgerichts zu fügen. Das Unternehmen hatte in seiner Glanzzeit bis zu 2400 Leute beschäftigt, im Herbst 1976 waren es noch 1400, davon rund 1000 in Couvet im Neuenburger Val de Travers. Gegen die fortgesetzte Bedrohung des Arbeitsplatzes – Entlassungen, Kurzarbeit, Streichung der Teuerungszulagen, Lohnkürzungen – reagierten die Betroffenen mit dumpfem Groll, und als nach gescheiterten Verhandlungen ein Schiedsgericht den 13. Monatslohn kürzte und für 1977 sogar strich, kam es zum «wilden» Streik, der eine seit langem schwelende Vertrauenskrise zum Ausdruck brachte. Der SMUV schlug sich nun unverzüglich auf die Seite der Streikenden: Er hatte die Argumentation übernommen, die der Christliche Metallarbeiterverband (CMV) vorher im Fall Matisa verkündet hatte. Zwar folgte man widerwillig den Streikenden: «Hätte man uns gefragt, so hätten wir abgeraten», meinte ein SMUV-Sekretär, und oft galt der Kampf weniger dem «Klassengegner» als der CMV-Gewerkschaft, deren Sekretär Bruno Clément als Linksextremist abgestempelt und vom SMUV-Sekretär aus einer Personalversammlung weggewiesen wurde. Damit stellte sich der SMUV auf die Seite des Arbeitgeberverbandes (ASM), der – unterstützt von der «NZZ» – hinter allen Arbeiterprotesten das Werk von POCH und RML (Revolutionäre marxistische Liga) vermutete. Gegen aussen wandte man sich allerdings mit einer machtvollen Erklärung gegen den «Willkürentscheid» des Schiedsgerichts, das mit der Kürzung und Streichung des 13. Monatslohns das Friedensabkommen verletzt habe. Tatsächlich bestimmt das Abkommen (Artikel 30), dass der 13. Monatslohn ab 1976 zu 100 Prozent ausgerichtet werde. Doch der SMUV hatte gegenüber dem Schiedsgericht zusammen mit dem ASM zum voraus dem Prinzip einer Verletzung des Friedensabkommens zugestimmt: Die Schuld konnte somit nicht bei der Schiedsinstanz liegen. Ihr Entscheid fiel jedoch nur im Sinne einer Empfehlung: Als die Arbeitgeber jede Diskussion ablehnten und die Empfehlung wie einen Befehl am Schwarzen Brett anschlagen liessen, verstiessen sie gegen das Friedensabkommen, das zu schützen sie vorgaben: Der «Sozialpartner» muss zumindest auch Gesprächspartner sein.

Der ASM verstärkte die starre Haltung der Dubied-Direktion und widersetzte sich anfänglich jeder Vermittlung durch die Neuenburger Regierung, da der Staat nicht die Rolle eines «Oberschiedsrichters» spielen dürfe. Schliesslich schritt Staatsrat René Meylan aus eigener Initiative ein und vermochte die verfahrene Situation doch noch zu retten. Im November veröffentlichte die Direktion – gemäss der Forderung der Streikenden – einen Plan für die Neustrukturierung und erklärte, dass «ein Wiederaufschwung möglich» sei. Die Verhandlungen gehen weiter, ebenfalls bei Bulova, wo der SMUV einen Erfolg zu verzeichnen hat: das Werk Neuenburg wied zwar reduziert, aber nicht ganz nach Biel umgesiedelt.

Die längste Fabrikbesetzung

In der grossen Zahl weiterer Arbeitskonflikte ist vor allem die Besetzung der kleinen Präzisionsmaschinenfabrik *Sarcem* in Meyrin bei Genf erwähnenswert: Die Besitzer hatten angesichts des drohenden Konkurses ihr Unternehmen verlassen; die Arbeiter blieben auf dem sinkenden Schiff und vermochten es zu retten – nach viermonatiger (!) Besetzung fand das Konkursamt einen Käufer, die Arbeit wurde wiederaufgenommen. Entschlossenheit und Solidarität hatten sich gelohnt.

Lip als Vorbild

Die Arbeitskonflikte, hervorgerufen durch die wirtschaftliche Krise, waren am härtesten in der Metall- und Uhrenindustrie. Der Fall Lip muss mit einbezogen werden, wenn man sich fragt, warum die Westschweizer Arbeiter entschlossener auf Rezession und Repression antworteten als ihre Kollegen in der Deutschschweiz, auch wenn sie nie so weit gingen wie die Lip-Arbeiter in Besançon, die im Juni 1973 mit einem Spruchband verkündet hatten: «C'est possible: on fabrique, on vend» – es ist möglich, dass Arbeiter in der besetzten Fabrik weiterproduzieren und ihre Produkte verkaufen. Zu Lip frotzelte denn auch die liberalkonservative «Gazette de Lausanne»: «Zwischen dem Recht auf Arbeit und dem Recht auf Eigentum ist eine Wahl leicht zu treffen, besonders wenn es um den Besitz eines andern geht.» Die Linke der Westschweiz sah die Lage anders, und die SP-Zeitschrift «Domaine public» sah im Aufstand der Lip-Arbeiter «Zeichen der Hoffnung», Zeichen, die der obigen Gazette allerdings wie «Dämonen der Solidarität» erschienen.

Der Lip-Konflikt war in mehrfacher Hinsicht für die Schweiz wichtig:

- Besançon liegt in der Freigrafschaft Burgund, die nach den Siegen über Karl den Kühnen 1576 beinahe eidgenössisch geworden wäre, doch schliesslich für 150 000 Gulden weitergegeben wurde. Was die alten Eidgenossen versäumt hatten, holten schliesslich schweizerische Uhrenmanager zum Teil nach: Die Neuenburger Gesellschaft Ebauches SA («ébauches» heissen die Rohwerke der Uhren), die der Asuag-Gruppe (Allgemeine Schweizerische Uhrenindustrie) in Biel angehört, wurde bei der bedeutendsten französischen Uhrenfabrik mit 43 Prozent des Aktienkapitals – dem höchsten Anteil, den die französischen Gesetze ausländischen Finanzgruppen erlauben – zur Hauptaktionärin, der die eigentliche Führungsrolle zustand. Die wirtschaftliche Präsenz der Schweiz ist in der Freigrafschaft Burgund unübersehbar. Anderseits arbeiteten Zehntausende von französischen Grenzgängern in der Schweizer Industrie. Der Jura bildet über die Landesgrenzen hinaus eine wirtschaftliche Schicksalsgemeinschaft.
- In Besançon war die Uhrenindustrie 1793 vom Schweizer Uhrmacher Laurent *Mégevand* eingeführt worden. Enge Verbindungen zur Schweiz hat auch Charles *Piaget*, der wichtigste Anführer der rebellischen Lip-Arbeiter: Sein

Fortsetzung auf Seite 2

Die Drahtziehertheorie

In der bürgerlichen Presse wurden die Kämpfe in der Westschweiz meistens als das Werk einzelner Extremisten dargestellt. Die Arbeiter sind dieser Darstellung zufolge bloss dirigierbare Maschinen: Ein Linksextremist braucht nur aufs Knöpfchen zu drücken, und schon geht die Revolution los. Dass solche Theorien als Erklärung für den Ablauf und die Ursachen der Arbeitskämpfe untauglich sind, beweist die geschlossene Haltung der Arbeiter, selbst da, wo sie nicht von den Gewerkschaften unterstützt wurden; beweist weiter auch die Tatsache, dass (etwa bei Dubied) auch die Angestellten mit den Arbeitern solidarisch waren.

Drahtziehertheorien dienen der Verharmlosung des Willens der Arbeiterschaft. Sie kommen, wenn sie nicht absichtlich in die Welt gesetzt werden, vor allem dadurch zustande, dass sich die Berichterstatter überhaupt nicht mit den Arbeitern unterhalten, sondern nur die Unternehmerseite befragen, um deren Standpunkt dann als den Stein der Weisen zu publizieren.

Gespräch über zwanghaftes Verhalten in unserer Gesellschaft

«Nicht die Droge macht abhängig, sondern die Beziehung zu ihr»

Drogen sind keine «Zeiterscheinung». Man kennt sie wohl in jeder Kultur, doch nicht überall geht man gleich mit ihnen um. Zum Beispiel das Rauchen von Zigaretten: Bei sogenannt primitiven – d. h. nichtindustrialisierten – Völkern ist es Tabakgenuss, wird ein selbstverständlicher Minimalkonsum eingehalten. Es ist unvorstellbar, dass diese Leute zwei bis drei Pakete Zigaretten täglich in sich hineinsaugen. Wir tun es. Auch wenn, wie in den USA, auf jedes einzelne Zigarettenpäckchen der Stempel «Schädlich für Ihre Gesundheit» gedrückt wird. Unsere hochentwickelte Gesellschaft hat diese Sucht gewissermassen anerkannt. In bestimmten Mittelstandsfamilien in den USA gehört auch der Joint schon zum Alltag bw. zur Alltagsflucht. Man weiss, dass dort vorbereitete Joint-Werbeplakate nur noch auf eine allfällige Legalisierung weicher Drogen warten ... Was bringt uns heute dazu, immer neue Formen zwanghaften Gebrauchs zu schaffen – Fernsehentzugserscheinungen sind bereits Realität – und gleichzeitig nach einer Verschärfung der Rauschmittelgesetzgebung zu schreien? In einem Gespräch mit dem «konzept» legte Fritz Hegi, Mitautor eines Buches über Rauschmittel und Adoleszenzkrise* dar, woraus sich die zwanghafte Haltung pro oder kontra Drogen entwickelt, wie aus dieser Beziehung zu Rauschmitteln erst Abhängigkeit entsteht. ls/cm

Für die Jahre nach 68 ist ein akuter Anstieg des Konsums «neuer», nicht legalisierter Drogen nachweisbar. Damit traten Drogen in das nach dem «Aufstand der Jugend» noch nicht wieder beruhigt öffentliche Bewusstsein: Drogenabhängigkeit wird gleichgesetzt mit Labilität oder wegen aufsehenerregender Vorfälle in der ghettoisierten Drogenszene sogar mit Kriminalität. Die Einkreisung gelingt auf den ersten Blick besser als einige Jahre vorher bei den politischen Nonkonformisten: Es gibt «Normale», die dazugehören, Verantwortung tragen, und Drogensüchtige, die lebensunfähig, krank sind.

Auch Hemmung des Protests ist Abhängigkeit

Dadurch, dass die Erwachsenen die Drogenkonsumenten undifferenziert als Aussenseiter der Gesellschaft einschätzen und behandlen, können Drogenkonsumenten ihr Verhalten als Protest gegenüber der Gesellschaft, als Durchbrechen aller Werte erklären.

Die Gegner glauben Drogen durch konsequente Illegalität und damit verbundene Dämonisierung ausschalten zu können. Die Drogensüchtigen nehmen diese Illegalität auf sich, bis zur Kriminalisierung, um zu Stoff zu kommen. Beiden Haltungen ist aber, wie Hegi nachweist, etwas gemeinsam: das Zwanghafte in ihrer Beziehung zur Droge. Sowohl der Protest, der in Drogenkonsum umschlägt, als auch die Hemmung dieses Protests drückt eine Abhängigkeit aus. Also nicht die Droge macht abhängig, sondern die Beziehung zu ihr. Die strenge (und geläufige!) Unterscheidung Drogensüchtiger/Normaler ist nun nicht mehr so klar; denn es gibt jetzt sowohl zwanghafte Gebraucher wie zwanghafte Ablehner der Droge. Daneben oder vielmehr dazwischen befinden sich die zwangslosen Gebraucher und Ablehner, diejenigen also, die Erfahrung mit illegalen Drogen (meist Haschisch) hatten, jedoch keinerlei körperliche oder psychische Abhängigkeit aufweisen, Gelegenheitsraucher. Und die, welche noch nie ein illegales Rauschmittel konsumiert haben, aber mehr aus Mangel an Gelegenheit als aus prinzipiellen Erwägungen.

Die Jahre nach 68 nun zeichnen sich durch gesteigerten Drogengebrauch und durch eine Polarisierung der Meinungen gegenüber Drogen aus. «Unter den besonderen Herrschaftsbedingungen der gegenwärtigen hochindustrialisierten Systeme sind die geselischaftlichen Beziehungen zum Rauschzustand, das heisst zunächst zum chemisch indizierten Verlassen der Ebene alltäglicher Austauschformen, zwanghafter Natur. Dies gilt prinzipiell für legale wie illegale Rauschmittel.»

Es fehlt nicht an ersten Beobachtungen, die die These der Autoren des genannten Buches über Rauschmittel und Adoleszenzkrise abstützen. Die illegalen Drogen werden von den einen als Erlösung gesucht, von andern als Versuchung gefürchtet. Wenn man auch noch die legalen, «harmlosen» Drogen dazunimmt, sind die Erscheinungsformen unserer Drogenabhängigkeit noch vielfältiger, aber bei genauem Hinsehen nicht weniger augenfällig.

Die Lebensdroge

Was sollen die Drogen eigentlich bewirken? Was mussten die für viele unersetzlich gewordenen Rauschmittel ursprünglich ersetzen? Lösen sie Abhängigkeiten auf, wie Drogenkonsumenten oft erklären, oder schaffen sie nur neue Zwänge?

Von der harten Droge sagen die Therapeuten, dass sie ein Gefühl von Sicherheit vermittelt, dass der «Schuss», von dem der Körper ohnehin sehr schnell abhängig ist, auch psychisch gebraucht wird. Drogen werden konsumiert auf der Suche nach Sicherheit und Autonomie. Es ist ein Rückzug auf den eigenen Körper. Das Gift ist ein selbstzerstörerischer, einsamer Protest, dem eine unerhörte Werterschütterung vorausgegangen sein muss.

Die Nachkriegsgeneration hat eine eigentliche Wertkrise erfahren. Durch das Aufarbeiten der jüngsten politischen Situation und durch die Verbreitung von Erkenntnissen wie die der Psychoanalyse ist viel Althergebrachtes gründlich in Frage gestellt. Ganze Lebensentwürfe müssen neu geschaffen werden. Erste Erfahrungen im Beruf beispielsweise oder in einer Beziehung, die den neuen Ansprüchen nicht genügen kann, bringen oft auch erste Niederlagen. Viele Jungen scheitern schon bei den langen Haaren an der Durchsetzung eigener Wertvorstellungen. Viele werden nach einigen Rückschlägen auf der Suche nach Eigenständigkeit abhängig: von Drogen, von Eltern, von der Jesus-People-Bewegung ...

Funktionsverlust der Väter

In ihrem engeren Lebensbereich, der Familie, können viele Jugendliche sich nicht mehr mit der Arbeit des Vaters, die sie nicht kennen und begreifen, identifizieren und auch nicht mit seiner Lebenseinstellung. Die Arbeit selbst ist immer hektischer, unbefriedigender, entfremdeter. In der Freizeit wird dann «aufgeholt», d. h. konsumiert; man geniesst, um zu vergessen. Und man schiebt den nächsten Tag, an dem man wieder Geld verdienen und Frustrationen auf sich nehmen muss, weit weg.

Gegen dieses Auseinanderreissen von Arbeit und Freizeit haben sich viele Jungen aufgelehnt, sich mit diesem Protest von der Familie, deren Einfluss von Massenmedien, Schule ... überlagert wird, zu lösen versucht. Die Familie zerbricht, ohne die Voraussetzungen zur Schaffung eigener Auffassungen der Kinder je gefördert zu haben. Dem Jugendlichen, der sich eben ein zweites Mal abgenabelt hat, bietet sich eine Welt der Freiheit, Sicherheit und Geborgenheit durch Konsum an, nicht nur auf Werbeplakaten. Ein erneuter Rückzug in Zwänge also.

Indien, Drogen ...

Nach dem Abflachen der Studenten- und Jugendeuphorie von 68 – gemeint ist damit vor allem der Teil der Bewegung, der eine totale Veränderung von allem auf einmal erwartete – war die Resignation aus Enttäuschung besonders deutlich: Es hat wieder nichts gebracht. Wir werden nicht für voll genommen. Unser System ist gegen Veränderung immun ...

Enttäuscht waren die, welche sich nun dem ganz andern zuwandten: Indien, Divine-Light-Clubs ... Aber auch der Fanatismus und blindwütige Radikalismus in einigen wenigen politischen Gruppen ist als Reaktion auf die gemachten Erfahrungen mit dem «Establishment» zu verstehen.

Neben jenen, die durch 68 weiter politisiert wurden, ihre Analysen und ihr Vorgehen differenzierten und die politische Arbeit hartnäckig und überlegt weiterführten, gab es die, welche ob dieser Anforderung «ausflippten», zu den Drogen griffen.

Das anfänglich erhöhte Konfliktpotential der letzten Gruppe – Weglaufen, Bruch mit den Eltern, Konflikte mit Schulautoritäten – drückt sich nur noch in der symptomatischen Form von zwanghaftem Drogengebrauch und selbstzerstörerischen Konflikten mit den bürgerlichen Institutionen aus. Die Auseinandersetzungen resultieren nicht mehr in entsprechenden politischen Reaktionen und zielgerichtetem Widerstand. Widerstand wird nur noch passiv angewendet, Widersprüche werden an der eigenen Person ausgetragen. Die Selbstzerstörung durch Drogen wird zum Zwang.

... und heile Welt

Eine weitere Gruppe Jugendlicher hat die ganze Protestbewegung von allem Anfang an passiv erlebt. Sie sahen sich nie veranlasst, politisch zu protestieren, sich zu engagieren. Konflikte mit Autoritäten gibt es für sie nicht. Das Problem Droge wurde dann nach den gleichen Mechanismen verdrängt. Man will Drogen auf keinen Fall kennenlernen. Die Angst vor den unbekannten Drogen selbst und vor dem Dunkel aus Illegalität und Kriminalität, in das man sich mit einem allfälligen Drogenkonsum begeben würde, ist gross. (Eine Untersuchung des Verhältnisses dieser Gruppe zu legalen Drogen wie Alkohol und Zigaretten wäre vermutlich sehr aufschlussreich!) Zwischen diesen beiden Endpunkten (zwanghafte Gebraucher bzw. Ablehner) der Skala für die Beziehung zu Drogen kann sich jeder irgendwo einordnen. Eine völlig zwanglose Beziehung zu Rauschmitteln ist in unserer Kultur wohl unmöglich. Dazu sind die Bedingungen des Gebrauchs zu widersprüchlich.

Die zwangloseren Einstellungen zu Drogen haben diejenigen, welche sich auch sonst zwischen sozialen Erwartungen und eigenen Bedürfnissen einigermassen ein Gleichgewicht geschaffen haben. Welche sich und ihre eigenen Wünsche Autoritäten nicht einfach unterordnen, sich aber auch nicht in ständigem Protest gegen Versagungen isolieren und zurückziehen.

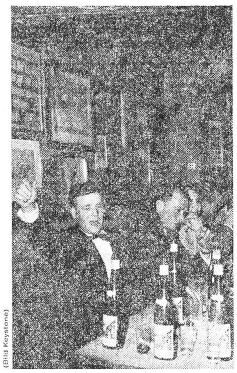
Aufgrund empirischer Untersuchungen hat man festgestellt, dass beide «zwanghaften» Gruppen hinsichtlich politischen Engagements hinter die zwangloseren zurückfallen: die harten Ablehner, weil ihre Fähigkeit, sich gegen autoritative Erwartungen durchzusetzen, insgesamt unterentwickelt ist; die abhängigen Drogenkonsumenten, weil sie nicht die Disziplin und Frustationstoleranz haben, die nötig ist, ihren Widerspruch, ihren Protest in effektive und zielgerichtete Formen zu bringen.

Drogenkliniken ja, aber ...

Eine Therapie für Drogenabhängige besteht nicht nur aus der medizinischen «Heilung». Genauso wichtig ist es, die Einflüsse, die zur Drogenabhängigkeit geführt haben, aufzuarbeiten und Fehlendes nachzuholen. Eine langfristige Behandlung schwieriger Fälle ist aber in der heutigen Situation – um eine Drogenklinik wird immer noch heftig gekämpft – sehr schwer. Die Auflösung der Abhängigkeit Drogensüchtiger wird, wie das Beispiel «Kittenmühle» im Kanton Zürich zeigt, nicht zuletzt durch den Widerstand der zwangshaften Drogenablehner verzögert. Als man vor zwei Wochen den Standort der ersten schweizerischen Drogenklinik verhandelte, wurde in Herriberg, wo die Klinik gebaut werden sollte, an der Gemeindeversammlung öffentlich gesagt, der Standort sei ungünstig, da er ein Erholungsgebiet verschandle. Aus der Station mache man doch nur einen verlängerten Arm des «Burghölzli». Überhaupt müsse man das Ganze noch hinausschieben, zuerst ein «Gesamtkonzept» erarbeiten. Es habe ja bereits Heime in Herrliberg (für Behinderte), man brauche da absolut kein schlechtes Gewissen zu haben. Und: *«Unsre Villen sind bereits für gesunde Menschen eine Provokation, was erst bei den Drogensüchtigen vorgeht, kann man sich ja vorstellen ...»* Der allgemeine Tenor war: Es braucht Drogenkliniken, sicher, aber bitte nicht hier bei uns.

Nicht das Legalisieren der Drogen ist das dringlichste Problem, meint Fritz Hegi, sondern der Mensch in seinen Umweltbedingungen, der sich zu den Drogen so widersprüchlich verhält; die Eltern zum Beispiel, die wegen dieser Haltung ihren Kindern die Drogenproblematik nicht aufzeigen können. Drogen, legale wie illegale, sind eine Tatsache – eine bedrohliche vielleicht –, mit welcher wir verschieden umgehen.

Christine Misérez, Liselotte Suter



(Bild Keystone)

* Parow/Hegi/Niemeyer/Strömer: «Über die Schwierigkeit, erwachsen zu werden. Rauschmittel und Adoleszenzkrise», Verlagsgesellschaft Syndikat, Frankfurt a. M. 1976

Wie wird Drogenabhängigkeit behandelt?

Dass die Beziehung zu Drogen, zur Drogenproblematik im allgemeinen, äusserst verkrampft ist, dass demzufolge Drogenabhängige als Kranke oder Geistesgestörte möglichst aus dem Kreis der gesunden Bürger ausgeschlossen werden, lässt sich auch an den heute vorhandenen konkreten Möglichkeiten zur Behandlung von Drogenabhängigkeit ablesen.

Das Ansteigen des Drogenkonsums im Sommer 1970 führte zu einer prompten Reaktion im Kantonsrat: zum Ruf nach geeigneten Massnahmen. Ein Teil davon, die ambulante Behandlung, wurde relativ schnell verwirklicht. Bereits im Dezember 70 wurde die Drogenberatungsstelle «Drop-in» eröffnet. Im August 71 folgte deren zweite Beratungsstelle. Diese beiden Stellen wurden 1976 zusammengelegt. Daneben wird ein eigener Notfalldienst von drei internen «Drop-in»-Ärzten und einigen interessierten Ärzten während der Nacht, am Wochenende und an Feiertagen aufrechterhalten.

Der Drogenkonsum in Zahlen

- **Konsultationen:** Sie haben sich von 1971–1975 nahezu verdoppelt (von 5750 auf 9080 pro Jahr).
- Telefonische Anrufe: von 1971–1975 vervierfacht (von 4220 auf etwa 16 000 pro Jahr).
- **Anzahl der Patienten:** 1971 950 Erstkontakte / 1975 900 Erstkontakte, 700 Betreuungsfälle (vermehrt langfristige Betreuungen).
- **Ärztliche Notfalleinsätze:** etwa 200 Personen pro Jahr.
- **Altersdurchschnitt:** 20, Spitzen bei den 17- und 18jährigen. ⅔ männlichen, ⅓ weiblichen Geschlechts.

(Aus der «Drop-in»-Dokumentation)

Im Laufe der Jahre entstand in Zürich eine Reihe weiterer Institutionen, mit denen das «Drop-in» eng zusammenarbeitet. So die Errichtung einer Notschlafstelle in Wollishofen, welche ausgeflippte Jugendliche vorübergehend, beispielsweise während eines Drogenrausches, in ihren Räumen betreuen (Öffnungszeiten jedoch nur von 18 Uhr bis 11 Uhr morgens).

Im Juni dieses Jahres hat sich eine *«Elternvereinigung drogenabhängiger Jugendlicher»* gebildet. Zurzeit sind es etwa 30 Eltern, die sich zu einer Selbsthilfegruppe zusammengeschlossen haben, um ihre eigenen Probleme miteinander lösen zu können.

Schon bald machte sich das Fehlen einer *spezialisierten stationären Behandlungsstätte* (Drogenklinik) nachteilig bemerkbar. Es ist heute für die ambulante Behandlung das gravierendste Hindernis, dass sich die Errichtung einer Drogenklinik bisher nicht realisieren liess, obschon von seiten des «Drop-in» zahlreiche konkrete Projekte vorbereitet und ausgearbeitet wurden. Vorwiegend scheiterten diese an den politischen Widerständen in den jeweilig betroffenen Gemeinden. Da eine ambulante Behandlung eines langfristig Drogenabhängigen (Fixer) schwierig und meistens ohne entscheidenden Erfolg bleibt, war es ohne Drogenklinik von grosser Wichtigkeit, enge Zusammenarbeit mit therapeutischen Wohngemeinschaften zu pflegen.

Aber auch hier gibt es nur wenig Möglichkeiten. Im Raume Zürich gibt es nur den Ulmenhof, mit etwa 4jähriger Erfahrung (total 15–20 Leute).

Es gibt also Organisationen für die Symptombekämpfung (ein Pflaster auf die «wüsteste» Stelle), aber es gibt keine Langzeit-Behandlungsmöglichkeit. Der Ulmenhof, als einzige therapeutische Wohngemeinschaft im Raume Zürich, ist stark gefragt und dauernd überfüllt. Ohne die Schaffung von Drogenkliniken ist keine Änderung der Situation zu erwarten. Obschon die Erfahrung gezeigt hat, dass die bestehenden Institutionen nicht genügen, und der Kanton seit 5 Jahren die Schaffung einer Drogenklinik verspricht, ist bis heute eine Realisierung nicht gelungen. Als Ersatz für schwierigere Fälle muss immer noch die Psychiatrische Klinik herhalten.

Die kämpferischen Arbeiter ...

Fortsetzung von Seite 1

Vater war als Uhrmacher aus dem Kanton Neuenburg ausgewandert, Charles Piaget entschied sich erst als Zwanzigjähriger schliesslich für das französische Bürgerrecht. Während und nach dem Konflikt wirkte er, ein Vertreter der linkskatholischen Gewerkschaft CFDT, auch in der Westschweiz als Wanderprediger. Dem Christlichen Metallarbeiterverband CMV wird eine gewisse geistige Verwandtschaft zur CFDT nachgesagt.

- Der Jura, in Frankreich wie in der Westschweiz, ist ein fruchtbarer Boden für sozialistische Autonomiebestrebungen: Aus Besançon stammten die Frühsozialisten *Fourier* und *Proudhon*. Der «Utopist» Charles Fourier plante als Zellen der menschlichen Gesellschaft sozialistische Siedlungen, die sich selbst versorgen; Pierre-Joseph Proudhon (bekanntester Grundsatz «La propriété, c'est le vol», Eigentum ist Diebstahl) sah einen «gerechten Austausch» der Erzeugnisse zwischen selbständigen Kleinproduzenten vor. Auf schweizerischer Seite fand der russische Revolutionär *Michael Bakunin* (gestorben 1876 in Bern) in der Juraföderation seine überzeugtesten Anhänger: *Pierre Coullery* und *James Guillaume* aus dem Neuenburger Hochjura sowie Adhémar Schwitzguébel aus dem St. Immertal verkündeten einen «libertären Sozialismus» und bezeichneten sich als «Autonomisten» oder «Anarchisten». Im Kampf zwischen den beiden «Titanen» Marx und Bakunin spielte der Schweizer Jura eine entscheidende Rolle: James Guillaume wandte sich 1872 am Haager Kongress der Ersten Internationale gegen den Staatssozialismus und erreichte die Auflösung der marxistischen Internationale, die im Jura durch eine «antiautoritäre Internationale» abgelöst wurde.

Im schweizerischen Sozialismus zeigen sich heute noch verschiedene Tendenzen, wobei die Westschweiz eher dem Bakunismus, die Deutschschweiz eher dem (disziplinierteren) Marxismus zuneigt. Der Drang nach wirtschaftlicher und politischer Autonomie ist unter Westschweizer Arbeitern jedenfalls etwas ausgeprägter, was denn auch dazu geführt hat, dass die Arbeiter der Westschweiz auf die Krise viel spontaner und stärker reagierten als ihre Kollegen in der übrigen Schweiz. *Marcel Schwander*

das konzept

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon ☏ (01) 47 75 30, Postscheckkonto: 80-37626.

Redaktion: Konrad Fisler, Ruedi Küng, Rolf Nef, Bernd Dieter Niebuhr, Beat Schwendimann.

Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminarien, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00, Telex 55 235
1-sp-mm-Zeile – .62 Fr. (übliche Rabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionsschluss Nr. 12: 19. 11. 76
Inseratenschluss Nr. 12: 26. 11. 76

Ungarn 1956: Zürcher Studentenschaft an vorderster «Hilfsfront»

Als der Kalte Krieg die Studenten heiss machte

Nie war der kalte Krieg in der Schweiz heisser als im Herbst 1956. Die Reaktionen auf die Unterdrückung des Volksaufstandes in Ungarn markierten gleichzeitig den absoluten Höhepunkt des hiesigen Antikommunismus. Die Geschichte des Antikommunismus in der Schweiz ist zwar noch nicht geschrieben. Doch das umfangreichste Kapitel würde sich wohl mit dem Jahr 1956 befassen. Besonders viele Seiten würden die antikommunistischen Ausschreitungen in Zürich beanspruchen – und die führende Rolle der Zürcher Studenten. Sowenig «Ungarn» einfach ein Aufstand «für die Freiheit» war, sowenig war die Protestwelle in der Schweiz nur ein lauteres Bekenntnis zur Freiheit. Im ungarischen Volksaufstand gegen das verhasste stalinistische Regime witterten auch antisemitische und restaurativ-faschistische Kräfte Morgenluft. Und in der Schweiz schlugen die Hymnen auf die Freiheit allzuoft ins Gegenteil um: Die Schweizer Kommunisten waren 1956 unsere Juden. Welche Rolle spielte die offizielle Studentenschaft? Jürg Frischknecht hat die Akten der Zürcher Studentenschaft auf diese Frage hin gesichtet.

Die Redaktion

Dies ist ein Reisebericht. Die Reise ging ins Zürcher Staatsarchiv, genauer: durch die Akten der Studentenschaft. Ich habe die Protokolle des Grossen und des Kleinen Studentenrates von Mitte 1956 bis Ende 1958 gelesen, die Berichte über die Ungarnaktionen und den «zürcher student». Die Reise war ungemein spannend; bei Gelegenheit möchte ich eine grössere machen. Fürs erste so viel:

Vor den Akten hatte ich die zwölf persönlichen Berichte von Kommunisten und Sozialisten gelesen, die soeben als Buch erschienen sind («Niemals vergessen!», Limmat Verlag). Diese Schweizer, die damals wie Aussätzige gehetzt und verfolgt wurden, betonen immer wieder: Es waren vor allem Studenten und auch Mittelschüler, die in Saubannerzügen durch die Strassen pöbelten, Läden plünderten und Bücher verbrannten. Davon liest man in den offiziellen Akten nichts; ein paar indirekte Anspielungen, das ist alles. Anders wird selten protokolliert.

Studentische Luftbrücke

Um die Gewichte richtig zu verteilen, sei ausdrücklich betont: In erster Linie organisierten die Zürcher Studenten – *Walter Renschler* an der Spitze – spontan eine grossangelegte Hilfsaktion, die *«Studentische Direkthilfe Schweiz–Ungarn»*, die dann im Frühling 1957 von der *«Ungarnkommission»* abgelöst wurde. «Es war ein grosses Erlebnis für alle Beteiligten, in diesen Tagen auf dem Sekretariat zu arbeiten», schildert der damalige KStR-Präsident *Jörg Thalmann* die Stimmung in der Novemberwoche 1956. «Die ganze Stadt war verwandelt. Wen man um etwas anging, ob es ein Päcklein ‹Ovosport› oder ein Flugzeug war, gab es ohne Zögern.» Tatsächlich: ein Flugzeug flog Medikamente und Lebensmittel nach Wien, wo die Zürcher ein Büro einrichteten. Lastwagen folgten mit weiteren Hilfsgütern. Am 15. November erreichte ein erster Direktkonvoi Budapest. Renschler: «Wo immer der Konvoi, geschmückt mit Schweizer Fahnen, anhielt, strömten die Menschen zusammen; selten um Lebensmittel bittend, sondern meist nur, um uns zu begrüssen und ihrer Freude Ausdruck zu geben: die kleine Schweiz, irdischer Begriff des Paradieses, hatte Ungarn nicht im Stich gelassen! Wir waren die erste private Organisation, die nach der zweiten Besetzung durch die Russen mit Spenden in die Hauptstadt gelangte.» Später kümmerte sich die Ungarnhilfe vor allem um die Flüchtlingsstudenten in der Schweiz.

In all den Aktenstössen habe ich keine einzige Einschätzung des ungarischen Volksaufstandes gefunden, die über die knappe und stereotype Formel von der brutal unterdrückten Freiheit hinausgegangen wäre. Um welche Freiheit es sich handelte, war damals offenbar jedem klar. «Es waren Flammenzeichen der Sympathie mit den ungarischen Freiheitskämpfern, Flammenzeichen des Protestes gegen die brutale und hinterlistige Knebelung eines freiheitsdurstigen Volkes, die wir damals durch die Strassen unserer Stadt trugen», erinnerte der Studentensprecher am Dies academicus 1957. «Wohl kein Ereignis der letzten Jahre hat uns Studenten so berührt und aufgerüttelt wie der Aufschrei dieses Volkes, welches das Joch der kommunistischen Diktatur abschütteln wollte.» Und weiter: «Das Leben an unserer Universität hat sich durch diese Vorgänge geändert: Es wurde endlich etwas in uns geweckt, das schon so und so viele Male an dieser Stelle und bei dieser Gelegenheit gefordert wurde und doch nie zum Durchbruch kam.» Und im «zürcher student» formulierte Thalmann: «Wir sind uns darin einig, dass der Kampf zwischen Kommunismus und Freiheit heute die Frage ist. Wir sind uns auch darin einig, dass die Schweizer Studenten in diesem Kampf ihren besten Beitrag leisten müssen.»

Kommunismuskontakt ein Schandmal

Am Abend des 8. November 1956, als Professoren und Studenten im Lichthof der Uni Zürich gemeinsam die Hand zum Schwur hoben, war die Politik klar: «Sie gehen über den blossen Protest hinaus und finden sich im feierlichen Gelöbnis zusammen, mit Sowjet-Russland keinerlei wissenschaftliche und kulturelle Beziehungen zu unterhalten oder aufzunehmen, solange die kommunistischen Machthaber Russlands fortfahren, Ungarn oder andere europäische Kulturvölker durch brutale Knebelung der geistigen Freiheit zu entehren und sie der Pflege ihrer angestammten Kultur zu berauben. Sie fordern alle, die es angeht, auf, auch alle wirtschaftlichen, sportlichen und ideologischen Beziehungen mit Sowjet-Russland vollständig abzubrechen.» Im «zürcher student» warnte Redaktor *Christian Padrutt* vor «Kontakten mit den kommunistischen Machthabern und ihren Schergen. Es wäre ein Zeichen unverbesserlicher Naivität und Dummheit zu glauben, auf diesem Wege heut irgendein Zugeständnis zu erreichen oder an die Kräfte des Widerstandes zu gelangen.» Und ein *Gian Klainguti* warnte: «Jeder, der sich daher um irgendwelche Kontakte mit den Kommunisten bemüht – auch wenn er sich nicht beeinflussen lässt –, trägt zeitlebens ein unauslöschliches Schandmal mit sich herum.» Ich denke kurz an all die geschändeten Politiker, Touristen und Wirtschaftsleute, die inzwischen in der Schweiz rudelweise herumlaufen.

«Proletarier aller Länder, beruhigt Euch!»

Koexistenz und Kontakte mit Ostblockländern waren damals tabu. Symptomatisch ist die GStR-Sitzung vom 14. Mai 1957. Thalmann schlug einen Studentenaustausch mit Polen vor, weil er an einem wissenschaftlichen Kongress polnische Studenten kennengelernt hatte, die «den Westen kennenlernen möchten». Quästor Walter Renschler warnte vor dem «problematischen» Zweck und vor einem «Präzedenzfall mit grossen und üblen Konsequenzen»: «Die Satelliten sind vom Kommunismus so durchdrungen, dass Kontaktnahmen unmöglich sind.» Der KStR beauftragte in aller Bescheidenheit, eine «Untersuchungskommission» (!) nach Polen zu schikken, um «geeignete Leute» auszuwählen. *Hanspeter Kleiner,* Redaktor des «zürcher student» und GStR-Mitglied, wollte von Renschler wissen: «Wie soll Einfluss auf Osteuropa ausgeübt werden?» Antwort: «Zerstörung des Kommunismus wird nicht in den Satellitenstaaten, sondern muss in Russland selber erfolgen.» Und später: «Aufweichung und Anpassung des Kommunismus ist Illusion. Der Kommunismus in den jungen Leuten zu tief und zu nachhaltig verhaftet, als dass ein 14tägiger Aufenthalt etwas bewirken könnte. Den Kommunismus kennenzulernen von unserer Seite nicht mehr nötig.» Der GStR entschied schliesslich denn auch gegen jeden Studentenaustausch mit Polen.

Rote Liste im «zürcher student»

Am 15. Juli 1957 stimmte der GStR einstimmig einem Antrag von Padrutt zu, jene Studenten mit Namen im «zürcher student» zu veröffentlichen, die ans Weltjugendfestival nach Moskau reisten. Wie diese Studenten bei ihrer Rückreise im Bahnhof Enge empfangen wurden, schildert *Berthold Rothschild* auf dieser Seite. Der Zürcher Stadtpräsident und auch der VSS distanzierten sich von diesen Ausschreitungen – was von Zürcher Studenten heftig kritisiert wurde. An der Alma mater blieb die Welt in Ordnung. «Das Rektorat nimmt keine ablehnende Haltung gegenüber der Demonstration ein», berichtet der KStR nach einer Besprechung mit dem Rektor (nach der Demonstration). Und er weiss auch schon: «Das Strafverfahren wegen der anlässlich der Demonstration übertretenen Gesetze wird möglichst mild erfolgen.»

Tränengas und Bücherverbrennungen

Zur gleichen Zeit, am 29. Mai 1957, folgten rund 1000 Personen einem studentischen Aufruf und demonstrierten vor dem Kongresshaus gegen eine Ausstellung der Firma Zeiss: «Sowjetsatelliten wollen uns ihre Sklavenprodukte anhängen. (...) Die Freiheit wird verhöhnt.» Vor dem GStR berichtete KStR-Präsident *Balz Hatt nach der Schlacht:* «Da die Polizei-Organe zur Verantstaltung sympathisch eingestellt sind, wickelte sich der Verkehr mit ihnen sehr befriedigend ab.» Der «zürcher student» schildert die Kundgebung so: «Im ganzen verhielten sich die Ordnungskräfte, zumindest deren Kommandant, anständig. (...) Immerhin verlief die Demonstration gegen den Kommunismus in ruhigem Rahmen.» Und im gleichen Bericht: «Obgleich bereits mehrere Detektive die Eingänge bewachten, konnte ein kleiner Trupp die Ausstellungsräume mit Tränengas füllen. Noch bevor die eigentliche Demonstration stattfand, wurde so die Schlussung für kurze Zeit erzwungen.» Während der Demonstration präsentierte sich der «ruhige Rahmen» so: «Daneben wurden auf offener Strasse Prospekte und Propagandaschriften der Aussteller verbrannt.»

Im November 1958 nahm die Studentenschaft offiziell an einer «Aktion gegen sowjetische Kulturpropaganda» teil: «Die Aktion hatte vollen Erfolg. Die Ausstellung (im Volkshaus) wurde verboten.»

Beträchtliche Verdauungsstörungen bereiteten politische Aktionen, die sich nicht gegen den Kommunismus richteten. Einem Genfer Komitee, das eine Unterschriftensammlung gegen die Atombombe durchführte, antwortete der KStR: «In unserer Studentenschaft ist kein Interesse vorhanden, eine kommunistische Aktion zu unterstützen» und verkroch sich im übrigen hinter rechtlichen Hindernissen. Beim spontan organisierten Fackelzug vom 29. Oktober 1956 hatten rechtliche Bedenken keine Rolle gespielt: «Wir waren aber in dieser ganz ausserordentlichen Situation gezwungen, über alle Schranken unserer Reglemente ohne Zögern hinwegzugehen. (...) Nach Konsultierung meiner Kollegen im KStR, des Rektorates und verschiedener anderer kompetenter Leute wurde beschlossen, diese Kundgebung durchzuführen», schreibt Thalmann.

Ziemlich hilflos waren die wackeren Antikommunisten auch gegenüber Rassenunruhen an US-Universitäten und gegenüber dem algerischen Befreiungskampf. Balz Hatt, inzwischen VSS-Präsident geworden, berichtete dem Zürcher Studentenparlament am 19. November 1958: «Den Algeriern, die vor dem Ausbruch des Konflikts mit Frankreich in die Schweiz gekommen sind, soll entgegengekommen werden. Sehr skeptisch ist man aber gegenüber denjenigen Algeriern, die erst nach Ausbruch der Feindseligkeiten in der Schweiz eingetroffen sind. Ihre Lage kann nicht überprüft werden, und der VSS ist nicht gewillt, etwa die Umtriebe des FLN (Front de Libération Nationale) zu unterstützen. Es kann diesen Studenten daher nur sehr beschränkt geholfen werden.» Die entgegengesetzte – oder ist es die gleiche ? – Position vertrat der Studentensprecher am Fackelzug vom 4. November 1957: Indem man allen Studenten helfe, könne «verhindert werden, dass gerade die Fähigsten von ihnen von kommunistischen Ländern zur Fortsetzung ihrer Studien eingeladen und ideologisch indoktriniert werden». Dann lieber grad bei uns!

«Der erhoffte Erfolg» sei «ausgeblieben», kommentiert der «zürcher student» im Januar 1957 die Niederlage in Ungarn: «Jetzt, da sich die erste, gewaltige Erregung gelegt hat, aber noch die Unbill in unseren Herzen brennt, gilt es, in sachlicher Überlegung uns die Ziele abzustecken, die eine künftige Wiedergutmachung des eingetretenen Unrechts ermöglichen oder wenigstens erleichtern sollen.» Das Resultat dieser Überlegung: «Die Unterdrückung Ungarns ist, trotz ihrer weltweiten Bedeutung im ideologischen Kampf, vor allem eine europäische Schicksalsfrage. Die Frage des Untergangs des Abendlandes wird deswegen, um mit Toynbees Begriffen zu reden, durch unsere *abendländische* Antwort auf diese russische Herausforderung mitentschieden.» Diese Töne sind nicht neu: hie abendländische Kultur – dort slawische Barbarei. Eine Einigung Europas könne das «Endziel, die Befreiung Ungarns, Polens, Rumäniens usw., beschleunigen», schreibt der «zürcher student».

Der Aufruf am Schluss des Artikels ist unmissverständlich: «Die echte Solidarität gegenüber dem ungarischen Volk verbietet jede Neutralität. (...) Drängen wir deswegen zur Opferung unserer bisher zweifellos bewährten Staatsmaxime, nehmen wir das Wagnis auf uns, einen neuen, dafür zukunftsträchtigen Weg zu beschreiten. Die Folgen solcher beispielhafter Selbstüberwindung, würdig dem ungarischen Opfer, könnten auf die anderen westeuropäischen Länder ansornend wirken und die nötige Begeisterung schaf-

Fortsetzung auf Seite 6

Manöverbildchen aus der Studentischen Direkthilfe

Montag, 29. Oktober, 09.30 Uhr, Sekretariat

Da klopft es an die Türe, herein tritt jemand, der sich als Erich Ramseier, Mediziner im elften Semester, vorstellt und von einer direkten Lastwagenaktion spricht, ein Freund habe Beziehungen zur Shell, und sie stelle eventuell Benzin und Wagen zur Verfügung.

Aus: «zürcher student», November 1956

Geld stinkt nicht

Bo. Ein zürcherisches Kino benützt einen russischen Kassenschlager, um dem kommunistischen Film den Eingang in Zürich zu ermöglichen. Der Film «Wenn die Kraniche ziehn» wurde vom Publikum mit zwiespaltigen Gefühlen aufgenommen.

Aus: «zürcher student», Dezember 1958

A kép közepén az összeszedődő szinórszálakat ábrázoló 25 centime-os svájci bélyeg a nyugat-európai összefogást ábrázolja. A bélyeg szemléletése közben az emberben önkéntelenül felmerül a kérdés, vajon ki sodorja itt a szálakat? Rajzolónk erre a kérdésre próbál választ adni.

(Mészáros András rajza)

Dieses aus dem ungarischen Parteiblatt «Népszabadság» stammende Beispiel kommunistischer Hetze stellte uns freundlicherweise die Osteuropa-Bibliothek von Dr. P. Sager, Bern, zur Verfügung. *Red.*

ZÜRCHER STUDENT

34. Jahrgang November 1956 Heft 5

Ungarn und die Zürcher Studenten

Brief der Studentenschaft an Ministerpräsident Bulganin

Am Abend des 4. November 1956 hat die Studentenschaft der Universität Zürich folgenden Brief an den russischen Ministerpräsidenten Bulganin geschrieben:

Am Montag, 29. Oktober 1956, hat eine von 3000 Personen besuchte Kundgebung der Studenten beider Hochschulen Zürichs folgende Resolution angenommen:

Wir, die Studenten beider Hochschulen Zürichs,
versammelt auf dem Münsterhof,
verrichten *euch, Kommunisten in Ungarn, unserer vollen Sympathie für den Freiheitskampf eures Volkes.*
Wir glauben, *dass das ungarische Volk vor Ist Freiheit leben kann, wenn zwischen Selbstbestimmungsrecht gewährleistet ist.*
Wir protestieren *gegen den Einsatz fremder Truppen in den ungarischen Freiheitskampf.*
Wir empören uns über das blutige Vorgehen gegen den ungarische Volk.
Tief erschüttert über die Leiden der ungarischen Volkes fordern wir alle Schweizer Studenten auf, sich unverzüglich zur Blutspende in den Blutspendezentren zu melden, und bitten das Schweizer Volk, der schweizerischen Hilfsaktion für Ungarn durch Geldspenden die Sendung von Medikamenten und Lebensmitteln zu ermöglichen.

Zürich, den 29. Oktober 1956.

Die Kundgebung hat die Studentenschaft der Universität Zürich damit beauftragt, ihren Willen der Oeffentlichkeit kundzugeben.

1956 schickte die Studentenschaft einen Protestbrief in die Sowjetunion – und blieb im Amt. 1975 ging ein Solidaritätsbrief nach Vietnam – die Studentenschaft wurde abgesetzt.

Molotows im Mantelsack: endlich etwas für die Freiheit tun

19 Jahre alt war ich, Sohn einer gutbürgerlichen Familie und Medizinstudent der ersten Semester. Die jüdische Herkunft beinhaltete eine schon in der frühen Kindheit erlebte antifaschistische Tradition, die jedoch vorwiegend familiär verankert war. Aus der heutigen Sicht kann man von zahlreichen ‹falschen Selbstverständlichkeiten› sprechen, die dem Kriegs- und Nachkriegskinde ideologisch einverleibt worden waren: So waren es vor allem die Amerikaner, die Europa befreiten – die Russen waren rauhe Kerle, die als Besatzer Uhren klauten und Frauen vergewaltigten. Der Churchillsche Antibolschewismus wurde, insbesondere nachdem jener in Zürich begeistert empfangen worden war, synonym mit dem Freiheitsbegriff schlechthin, und langsam nistete sich in uns die ‹Rot gleich Braun-Ideologie› ein – man baute in seinen Alpträumen langsam Russen ein, wo vorher Nazis waren. Der kalte Krieg wurde selbstverständlich nur von den Russen geführt, und wie eine Guillotine der Versklavung hatten diese mitten in Europa einen Eisernen Vorhang fallen lassen.

Unsere Freiheit war eine Selbstverständlichkeit, die Privilegien unseres bürgerlichen Studentendaseins waren ein Teil davon, und das ewige Geschwätz von den Arbeitern und ihren Forderungen war ohnehin das Produkt ausländischer Infiltration. Die Aufstände in Ost-Berlin und Polen wurden bejubelt und in der Schule feierlich gewürdigt, doch blieb unsere Teilnahme am «Freiheitskampf» meistens passiv, verbal und applaudierend – das einzige, was man konkret für die Freiheit tun konnte, war das Aufspüren und Denunzieren von Neutralisten, Pazifisten und Kommunisten. Als Mittelschüler und Student nahm ich mit Begeisterung an kleineren und grösseren Protestaktionen gegen osteuropäische Ausstellungen und Veranstaltungen teil und fand den Violinisten David Oistrach mit seinen gekonnten Schalmeitönen ebenso gefährlich, wie dies unsere Presse darstellte. Meistens bestand die Freiheit darin, es irgendwelchen «anderen» zeigen zu können. Ich trat in die damals eindeutig rechts stehende Liberale Studentenschaft ein und erfreute mich eines regen Kontaktes mit dem Sekretariat der Freisinnigen Partei an der Urbangasse. Unsere politische Aktivität an der Universität fand wohlwollendes Echo bei Behörden und Professoren, und der «zürcher student» bediente sich eines klaren politischen Mandates.

Wie froh, wie unendlich dankbar müssen wir gewesen sein, als die Ereignisse in Ungarn ausbrachen und wir – insbesondere als Studenten – nun endlich einmal mit mutigen Worten und unerschrockenen Taten unser Freiheitsdogma unter Beweis stellen konnten. Wir sammelten Kleider für die ungarische Bevölkerung und kamen uns als Helden vor, weil es uns gelang, in die Taschen jedes Kleidungsstückes auch gleich noch einen Molotowcocktail mit genauer Gebrauchsanweisung einzuschmuggeln.' Aktivisten der Zürcher Studentenschaften reisten illegal über die ungarische Grenze, um am Kampf teilzunehmen oder um Flüchtlinge über die österreichische Grenze zu schmuggeln. Die Entrüstung über den russischen Einmarsch war ungeheuer, und wie ein Rausch zog es durch die ganze Bevölkerung – wehe dem, der da nicht begeistert mitmachte. Jeder wollte den andern in Deklarationen und Rachedrohungen übertrumpfen – es gab für unseren Betätigungsdrang viel zu wenige Kommunisten in unserer Stadt. Die «Neue Zürcher Zeitung» lobte uns, informierte uns und half da und dort mit wichtigen Informationen nach, so etwa am 13. 11. 56 mit dem diskreten Tip «...vielleicht kann an ihrer Stelle Dr. Konrad Farner Auskunft geben; er ist jetzt zurück aus Berlin und wohnt in Thalwil an der Mühlebachstrasse 11.»

Dort, wo man keine Kommunisten und deren Sympathisanten mehr aufspüren konnte, richtete sich der Kampf gegen bürgerliche Schweizer, die in unseren Augen zu wenig taten, um das Feuer der hysterischen Erregung zu unterhalten, und gefeiert wurden jene Persönlichkeiten, die da eifrig mitagierten. Manchem mag die Gelegenheit nützlich erschienen sein, peinliche Stellungnahmen während des Dritten Reiches jetzt mit Vehemenz wiedergutzumachen

Am 20. November 1956 wurde in einem dreiminütigen Schweigen feierlich der Opfer des Aufstandes gedacht – in der «NZZ» beinahe kitschig gewürdigt als eine Art Gottesdienst für die Freiheit: «...ein ganzes Land hält den Atem an und bittet und betet..., man hört die übersteigerte Stimme einer Frau, die es gedrängt hat, im Namen aller laut zu beten; und siehe, es stört nicht, stört um so weniger, als dies Gebet ein kurzes ist... Deportation ist nicht mehr nur ein Begriff, ein Anlass, sich politisch zu empören, Deportation wird bildhaft, und mancher erblickte in seiner Phantasie die Eisenbahnzüge, die jetzt in den ungarischen Bahnhöfen bereitstehen und in die man die ungarische Jugend, auch Frauen und Kinder zwängt...

Zehn Monate später flammte die geschürte Entrüstung nochmals auf, als die Zürcher Delegation am Weltjugendfestival in Moskau in die Schweiz zurückkehrte. Ein riesiges «Empfangskomitee» erwartet sie unter dem Motto «Niemals vergessen» am Bahnhof Enge. Eine Lichtreklame am Bahnhofplatz (wer hat sie wohl veranlasst und bezahlt?) hatte zur Demonstration aufgerufen: «Die Schweizer Moskauwallfahrer kommen heute abend um 22.25 in Zürich-Enge an. Wie wird sie die Zürcher Bevölkerung empfangen?» Es kam zu handgreiflichen Zwischenfällen, Koffer wurden auf den Perron geleert, Bücher und Broschüren wurden öffentlich verbrannt. Ich muss gestehen, ich war dabei und trug ein Plakat mit dem Aufruf «Niemals vergessen».

Dieses verspätete Nach-Ereignis sollte in meiner weiteren Entwicklung von entscheidender Bedeutung sein. Ich war schon damals meiner Sache nicht mehr so sicher, nachdem ich im Dezember 56 Gelegenheit hatte, in Wien an der Ungarn-Hilfe mitzuwirken. Dort hatte ich von einigen Flüchtlingen Dinge erfahren, die in unseren Zeitungen nicht zu lesen waren: von antisemitischen Exzessen während des Aufstandes, vom Wiederaufflammen faschistischer Parolen, von zahlreichen Opportunisten, die mit in den Westen geflüchtet waren.

An diesem Abend aber, inmitten dieser Riesenmenge am Bahnhof Enge und während des Handgemenges am Bahnsteig, sah ich plötzlich Szenen vor mir, die man mit in meiner frühen Kindheit eindeutig beschrieben hatte: faschistische Mobs, die über einige wenige Juden herfielen, Bücherverbrennungen usw. All dies tauchte plötzlich wieder vor mir auf, und die Moskaureisenden schienen mir an irgendeinem Bahnhof in München oder Nürnberg der dreissiger Jahre anzukommen – der Mob wusste nicht recht, was er tat, tat es dafür mit um so mehr Überzeugung.

Dr. Berthold Rothschild

Quellen der Arbeiterbewegung (1):*

Das Schweizerische Sozialarchiv

Seit dem Jahr 1906 sammelt das Sozialarchiv in Zürich, Neumarkt 28, Material zur Erforschung sozialer Probleme. Im Zentrum des Interesses steht dabei u. a. die schweizerische und internationale Arbeiterbewegung. Es ist heute unbestritten, dass die am Neumarkt vorhandenen Bücher, Zeitschriften, Kleindokumente und Zeitschriftenartikel einen wertvollen Fundus für die schweizerische Sozialforschung darstellen, ohne den ernsthafte wissenschaftliche Arbeit auf diesem Gebiet kaum noch geleistet werden könnte. Das Sozialarchiv will aber nicht nur für den Unibetrieb dasein. Gleichzeitig wird versucht, Materialien zugänglich zu machen, die auch für «einfache Arbeiter» als Information dienen können. Tatsächlich gibt es denn auch einen Stamm treuer Leser, die nichts mit dem Studentenmilieu zu tun haben.

Um das interne Funktionieren des Sozialarchivs so kurz und einfach wie möglich beschreiben zu können, stelle ich mir einen Studenten vor, der zum Thema *«Aktuelle Streiks in der Schweiz»* für eine Seminararbeit Material sucht.

Wie arbeiten im Sozialarchiv?

Das Klassifikationssystem des Sozialarchivs beruht auf zehn Grundbegriffen, die von 0 bis 9 reichen. Arbeit und damit Arbeitsrecht, Arbeitskonflikte usw., aber auch Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, ist unter der Zahl 7 zusammengefasst. Streiks zum Beispiel werden mit 77.5 klassifiziert. Ist die Klassifikation des zu bearbeitenden Themas gefunden (hierbei kann man sich auch von den stets auskunftsbereiten Bibliothekarinnen helfen lassen), so geht man am besten in vier Stufen vor.

- *1. Zeitungsausschnitte:* Im Lesesaal selber befinden sich die diesjährigen, aus der Schweizer Presse und einigen ausländischen Zeitungen gesammelten, sauber ausgeschnittenen und klassifizierten Artikel. Die Auswahl der Artikel und Zeitungen will und kann nicht vollständig sein. Sie können lediglich als Hilfsmittel dienen, um sich einen ersten Überblick zu verschaffen. Die älteren Zeitungsartikel werden im Haus archiviert und sind auf Verlangen jedermann zugänglich.
- *2. Kleindokumente:* Dieses Material, meist Flugblätter und kleine Broschüren, ist ebenfalls nach dem üblichen Klassifikationssystem geordnet und wird im Haus archiviert.
- *3. Bücher:* Im Stich- und Schlagwortkatalog befinden sich Karten mit Autor, Titel, Erscheinungsort und -jahr usw., die ebenfalls unter 77.5 sämtliche im Sozialarchiv über Streiks und den damit verbundenen Fragen vorhandenen Bücher zusammenfassen.
- *4. Zeitschriften:* Im Lesesaal selber liegen die neuesten Nummern von rund 1000 Zeitschriften auf (je etwa zur Hälfte aus dem In- und Ausland); sie werden praktisch ausnahmslos nach Abschluss eines Jahrgangs archiviert. Neuerdings werden verschiedene Zeitschriften, die bisher noch nirgends in der Schweiz systematisch erfasst waren, von den Mitarbeitern des Sozialarchivs gelesen. Der Katalog zu den erfassten Zeitschriftenartikeln, der aber noch bescheiden ist, kann ebenfalls im Lesesaal eingesehen werden. Zu den hier bearbeiteten Zeitschriften gehört übrigens auch «das konzept».

Öffnungszeiten des Sozialarchivs:
Montag bis Freitag 8–20 Uhr/
Samstag 8–16 Uhr
Bibliothekarische Bedienung jeweils von 10–13 Uhr und von 15–20 Uhr

Wichtig ist auch ein Hinweis auf den Katalog von Jahres- und Geschäftsberichten, die im Sozialarchiv gesammelt werden. Hier sind, um Beispiele zu nennen, die Geschäftsberichte und Parteitagsprotokolle der SPS oder der Gewerkschaften *alphabetisch* (also nicht nach dem sonst üblichen System) zusammengefasst.

Selbstverständlich gibt es auch einen wiederum nach Titeln alphbetisch geordneten Zeitungs- und Zeitschriftenkatalog, in dem sämtliche laufenden sowie ältere, teilweise schon lange abgeschlossene Periodika aufgeführt sind. Probleme ergeben sich gelegentlich dann für den Benutzer, wenn er älteres Material, das noch mit einem ganz anders aufgebauten Klassifikationssystem erfasst wurde, bearbeiten will. Da das jetzt benutzte System erst in den fünfziger Jahren eingeführt wurde und das Geld fehlte, es rückwirkend konsequent auf alles bereits archivierte Material anzuwenden, haben sich hier manchmal verwirrende Widersprüche und Überschneidungen ergeben, die aber wahrscheinlich erst dann aufgelöst werden können, wenn irgendwann die Mittel reichlicher fliessen.

Ärger mit Bücher-«Schwund»

Der «Schwund» an Büchern und sonstigem Material ist im Sozialarchiv nicht grösser als in anderen Bibliotheken – obwohl der Lesesaal kaum überwacht wird. Die Moral der Benutzer ist ausserordentlich hoch. Aber vor allem für die im Lesesaal aufliegenden neuesten Zeitschriftennummern gilt dies nur bedingt. So mussten bereits einige besonders begehrenswerte Zeitschriften aus der freien Benutzung herausgenommen werden. Dies bereitet Probleme und Umtriebe: einmal für die Mitarbeiter des Sozialarchivs, die die geklauten Exemplare neu beschaffen müssen; dann für die Herausgeber, die ihre Zeitschriften dem Sozialarchiv meistens gratis überlassen (besonders die durchwegs schwach ausgebauten Administrationen der Alternativpresse werden hier zusätzlich ganz schön belastet); schliesslich ist es ärgerlich für diejenigen Benutzer, die die gestohlene Nummer später gern gelesen hätten. So legte kürzlich ein Leser, der feststellen musste, dass aus einer Zeitschrift wichtige Seiten herausgerissen waren, einen Zettel mit diesem Inhalt in die Restzeitung: «Das unsolidarische Schwein, das hier die Seiten rausgerissen hat, soll sie sofort wieder zurückbringen!» Das «Schwein» ist dieser Aufforderung nie nachgekommen.

Wunschliste für Benutzer

Im Lesesaal liegt ein Vorschlagsbuch auf, in das jeder Benutzer seine Anschaffungsvorschläge auf einer Wunschliste eintragen kann. Auch sonst sind die Mitarbeiter und der Vorstand äusserst kooperativ und tun ihr Bestes – natürlich immer im Rahmen der «politischen Neutralität» (vgl. Anhang). Wer also bei seiner Arbeit im Sozialarchiv eine seiner Ansicht nach bedeutsame Dokumentationslücke entdeckt, ist aufgefordert, dies mitzuteilen.

Man kann auch Mitglied werden

Für einen Jahresbeitrag von gegenwärtig 10 Franken kann jedermann Mitglied des Sozialarchivs werden. Er erhält dann die Zuwachslisten gratis zugeschickt und wird auch zur alljährlichen Generalversammlung eingeladen, wo Jahresbericht, Budget usw. nach schöner Schweizer Vereinsmeierei mit dem nötigen Ernst vorgelegt werden. Nur sollen die Mitglieder nicht meinen, sie hätten viel zu sagen: Die verfügbaren Sitze im Vorstand des Sozialarchivs sind statutarisch nach einer schönen Zauberformel zwischen Uni- und Staatsverwaltung aufgeteilt (der Leiter des Sozialarchivs sowie ein Personalvertreter sind auch dabei). So ist dafür gesorgt, dass Palastrevolutionen ausgeschlossen bleiben. Allerdings liessen sich die jetzt gültigen Statuten auf Antrag hin ja ändern ... Dies hiesse aber auch, dass die gegenwärtig rund 800 Vereinsmitglieder die jährlichen Ausgaben von heute 700 000 Franken zusammenzubringen hätten. Denn die Geldgeber aus Gemeinde, Kanton und Bund zahlen sehr wahrscheinlich nur so lange, als *ihre* Interpretation des «Pluralismus» hübsch eingehalten wird.

Die «Zentralstelle für sociale Literatur»

Um die heutige Organisation und Zusammensetzung des Sozialarchivs zu verstehen, ist ein kurzer Rückblick auf die politischen Probleme der Gründungszeit des Sozialarchivs notwendig.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts stellte sich immer deutlicher heraus, dass die Organisationen der Arbeiterbewegung zu einer festen politischen Kraft ausgereift waren, die man nicht mehr einfach verleugnen oder dämonisieren konnte. Die Lösung der «sozialen Frage» bekam gerade durch das Auftreten einer immer selbstbewussteren Arbeiterklasse eine bisher noch unbekannte politische Sprengkraft. Teile des Bürgertums begannen einzusehen, dass es von nun an galt, dem Antagonismus der Arbeiterbewegung zur bürgerlichen Gesellschaft die Spitze zu brechen.

Die herkömmliche Bearbeitung der Folgeerscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise, des modernen Massenelends, durch die ethisch-humanistischen Hilfsvereine reichte nicht mehr aus. Der bürgerliche Staat musste nun die Organisation einer im Vergleich zu früher planmässigeren Befriedungspolitik übernehmen. Dazu mussten der Bürokratie brauchbare Grundlagen beschafft werden. Die politischen Dimensionen wurden von der «sozialen Frage» losgelöst. Damit konnten die sozialen Probleme von der staatlichen Bürokratie durch eine Reihe von planmässig und «wertfrei» betriebenen Eingriffen verwaltet werden.

Vor diesen Hintergrund, der noch im einzelnen auszudiskutieren ist, solite auch die Aufgabe der «Zentralstelle für sociale Literatur», die im Jahr 1906 durch den sozialdemokratischen Pfarrer Paul Pflüger erfolgte, gestellt werden. So findet sich die folgende interessante Aussage im Gründungsbericht des späteren Sozialarchivs: *«... da das Institut sich in politischen Parteikämpfen absolut neutral verhalten soll, so hat die Kommission diesem Prinzip Rechnung zu tragen gesucht, indem sie je zwei Mitglieder der demokratischen, liberalen (freisinnigen) und sozialdemokratischen sowie ein Mitglied der christlich-sozialen Partei zur Wahl (in die Leitung, Anm.) in Vorschlag bringt.»* Am Tag der Gründung, dem 27. Juni 1906, knüppelten Polizei und Bürgerwehr die streikenden Arbeiter und Demonstranten vor der Automobilfabrik Arbenz in Albisrieden nieder.

Die heutige Zauberformel

Der schon früh gesuchte und auch in einer Art von «Zauberformel» gefundene Klassenkompromiss prägt das Sozialarchiv noch heute, wo am Grundsatz der «Pluralität» festgehalten wird. Die Konsequenzen dieser Haltung für das im Sozialarchiv zusammengetragene Material sind nur schwer aufzuspüren. Äusserlich ablesbar werden sie vielleicht auch daran, dass es dem Sozialarchiv bis heute, 70 Jahre nach seiner Gründung, noch kaum gelungen ist, einen breiten und aktiv reagierenden Apparat zur Erfassung von Dokumenten und Materialien zu den aktuellen Klassenkonflikten in der Schweiz aufzubauen. Um zum Beispiel des Studenten, der sich über Streiks informieren will, zurückzukommen: Die Äusserungen der beteiligten Arbeiter selber – sofern diese in «archivierbarer» Form vorliegen – wird er im Sozialarchiv kaum finden. Dafür aber findet er eine breite Dokumentation aus der Feder «linker» Kommentatoren sowie aus der traditionellen Schweizer Presse.

Diese vorgeplante Geringschätzung der Aktivitäten der Beteiligten in den sozialen Kämpfen kommt nicht von ungefähr. Sie ist einerseits verhängt mit dem pseudokritischen Räsonnierbetrieb im Universitätsmilieu; anderseits ist sie Ausfluss einer vermeintlich «wertfrei» über den Klassenkonflikten thronenden Sozialpolitik und der Verabsolutierung des «pluralistischen» Klassenkompromisses in der Schweiz. *Hans Aebersold*

* Ein Artikel über die Studienbibliothek der schweizerischen Arbeiterbewegung folgt.

Arbeitslose, Zürich 1933

Clément Moreau

Wie man mit Bildern kämpft

Engagierte Grafik 1925–1976

Produzentengalerie

15. Oktober bis 20. November 1976
Englischvierteistr. 7 (beim Hottingerplatz), 8003 Zürich
Öffnungszeiten: Di–Fr 17–20, Sa 14–17 Uhr, Mo geschlossen

In dieser Rubrik präsentiert, kommentiert und kritisiert «das konzept» neuerschienene Bücher für seine Leser.

Rote Welle

Eine neue Buchreihe im Limmat Verlag

Der Limmat Verlag in Zürich, bekannt geworden durch den Dokumentenband «Schweizerische Arbeiterbewegung» und Robert Grimms «Geschichte der Schweiz in ihren Klassenkämpfen», startet diesen Herbst eine neue Buchreihe. Unter dem Markenzeichen *«Rote Welle»* werden Broschüren herausgegeben, die thematisch an aktuelle politische und gesellschaftliche Probleme der Schweiz anknüpfen. Beispielsweise ist auf Anfang Dezember unter dem Titel *«Krise – Zufall oder Folge des Kapitalismus?»* eine Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftskrise angekündigt, in der auch das Problem einer sozialistischen Strategie in der Krise behandelt wird.

Die ersten beiden Bände der neuen Reihe sind soeben erschienen. Sie befassen sich mit historischen Vorgängen, die dieses Jahr eine neue Aktualität bekommen haben. Das Buch *«Niemals vergessen»* hat die Auswirkungen der Ungarn-Ereignisse 1956 in der Schweiz zum Thema.

Im zweiten Band der *«Roten Welle»* schreibt Helmut Zschokke über *«Die Schweiz und der Spanische Bürgerkrieg»*. Der Autor war damals selbst aktiv tätig für die spanische Republik und musste sein Engagement mit einer zehnmonatigen Gefängnisstrafe und dem Ausschluss aus der Universität Zürich bezahlen. Zschokke untersucht die Haltung der «offiziellen» Schweiz (Bundesrat Motta, «NZZ» usw.), und es fällt ihm nicht schwer, die unverhohlenen Sympathien eines grossen Teils des Bürgertums für die faschistischen Aufständischen zu belegen. Im krassen Gegensatz dazu stand das überzeugte Engagement der Arbeiterbewegung für die Volksfrontregierung. Neben der Spitze der 700 militanten Antifaschisten, die in Spanien in den Internationalen Brigaden kämpften, gab es den Eisberg von Hilfsaktionen, die von den Arbeiterorganisationen in der Schweiz durchgeführt wurden. Dabei arbeitet Zschokke klar heraus, dass diese Unterstützung nicht nur humanitär, sondern auch politisch begründet wurde. Die Arbeiterbewegung hatte erkannt, dass der für sie tödlichen Gefahr des Faschismus schon in Spanien zu begegnen war und nicht erst vor der eigenen Türschwelle.

Der Limmat Verlag wird einen Franken pro verkauftes Buch an die Interessengemeinschaft ehemaliger Spanienkämpfer überweisen, um deren Kampf um Rehabilitierung zu unterstützen.

Jedes Buch 12.50 Fr. Bezugsadresse: Limmatbuchhandlung (Pinkus-Genossenschaft), Froschaugasse 7, 8001 Zürich.

Heimatrialistische Klänge auf Kassette

Eine Tonlücke soll geschlossen werden. Was in Italien und in der BRD längst Wirklichkeit ist, in der Schweiz dagegen bisher höchstens mit Einzelproduktionen versucht wurde, will langfristig der im Aufbau befindliche Zürcher Verlag Voxpop realisieren: die Möglichkeit, linke Töne auch in konservierter Form zu verbreiten und so an ein breiteres Publikum zu gelangen.

Ein linker Verlag und die Wahl geeigneter Mittel sollen Produktionen erlauben, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen zu geringer Profitraten von vornherein ausgeschlossen sind.

Als Test für die Befürfnisse und für die realen Bedingungen solcher Produktionen dient eine Kassette mit Politliedern, Texten und Musikstücken vom alternativen 1.-August-Fest im Zürcher Albisgütli, die jetzt in den linken Läden oder direkt beim Verlag (Voxpop, Kanzleistrasse 63, 8004 Zürich) zum Preis von 12.50 Fr. (exkl. Versandspesen) erhältlich ist. Der Preis ist deshalb so tief, weil nur die Selbstkosten und ein bescheidener Erlös zugunsten des Verlagsaufbaus berechnet wurden.

Die Beteiligten sind sich jedoch einig, dass sich eine wirklich fortschrittliche und alternative Produktion und Verlagstätigkeit auf die Dauer nicht auf Gratisarbeit abstützen darf. In einem Punkt konnte die Alternative heute schon verwirklicht werden: Alle auf dem Band vertretenen Interpreten erhielten Gelegenheit, bei der Auswahl ihrer Stücke mitzuentscheiden. Die meisten machten davon auch Gebrauch.

Literarische Geschichte der Schweiz

Mit Genugtuung kann man auf Lesestoff schweizerischer Herkunft verweisen, welcher die Verwirrung angesichts des unüberblickbaren Wusts von kommerzieller Ablenkungs- und Machgeldwicheu-Buchware beseitigt, wie ihn die Frankfurter Buchmesse stapelte. Es gibt endlich Ansätze zu einer schweizerischen Literatur, welche erkannt hat, dass es nicht die Faserungen der erhabenen Seele sind, welche unser Leben prägen, sondern die gesellschaftlichen Zustände. *Walter Kauer* (* 1935) bringt (vor allem auch den jüngeren Generationen) die schweizerische Wirklichkeit seit dem Aufstieg des Faschismus in Deutschland und der Schweiz so nahe, dass er jene beschämen muss, welche diese Zeit miterlebt haben, aber sie nicht mehr kennen. Es gibt kein relevantes Thema dieser Geschichte, welche Kauer in seinem «Schachteltraum» nicht aufgreift, und er bringt diese Themen, die Probleme sind, in einer literarischen Meisterkomposition mit der mitteren und nächsten Vergangenheit in Zusammenhang. Bedeutsam ist nebenbei, dass dieses Buch, ein schweizerischer Verkaufserfolg, in der DDR gedruckt wurde und deshalb nur 14 Fr. kostet. (Kauers neuster Roman, «Spätholz», bei Benziger verlegt, behandelt die Strukturprobleme des tessinerischen Ausverkaufs der Heimat.)

Arthur Honegger (* 1924) greift wie Kauer auch in die verdrängte Zeit des schweizerischen Faschismus, um sie als eine Zeit der sich verschärfenden Klassenkämpfe zu verstehen. Honeggers Ansatz ist nicht so umgreifend wie Kauers, aber es gelingt ihm, helvetische Formen der Auseinandersetzungen zwischen «Sozialpartnern» zu beschreiben, und zwar zu einer Zeit, als diese Klassen noch auf dem Weg zur Partnerschaft waren. Die Schwäche des Buches liegt denn vielleicht auch gerade in dieser Perspektive: die «Partnerschaft» erscheint angesichts des Faschismus als die Lösung der Probleme schlechthin, eine geschichtlich nicht zeitlos gültige Auffassung, wie die neueren Sozialkonflikte beweisen. *rk*

Semesterarbeiten
Dissertationen
Doktorarbeiten

alles drucken wir
zu äusserst günstigen Preisen
ab reprofertigen Vorlagen

Vorlagenherstellung mit IBM-Kugelkopfschreibmaschine oder IBM-Composer

Preise auf Anfrage

Lieferfristen: besonders schnell

rufen Sie an oder kommen Sie vorbei

CopyQuick Zweierstrasse 129, 8003 Zürich, Tel. 01/353 888 oder
Schützengasse 4, Eingang Waisenhausstrasse, Tel. 01/276 636

Hochschulvorlage auf der Abschussrampe

Hochschule Aargau: Bürgerliches Schützenfest

Die Bildungswissenschaften werden im Kanton Aargau keine eigene Hochschule bekommen. Soviel scheint nach der Debatte im Aargauer Kantonsparlament vom 20. Oktober festzustehen. Die Vorlage über die Hochschule wurde auf Antrag der grossrätlichen Kommission in zwei Teile aufgeteilt: Ein Teil befasst sich mit der Ausbildung von Medizinstudenten in den klinischen Semestern am Aarauer Kantonsspital, der andere mit der Errichtung einer Hochschule für Bildungswissenschaften, die für nicht einmal tausend Studenten Studienplätze geboten hätte. Während die Kommission einstimmig für den ersten Teil der Vorlage eintrat, tat sie das für den zweiten nur im Verhältnis von 6 zu 5. In der Abstimmung im Grossrat wurde die Hochschul-Vorlage mit 79 gegen 76 Stimmen an die Regierung zurückgewiesen.

Dass das Klima für grössere Projekte in den letzten Jahren unter dem «Diktat der leeren Kassen» rauher geworden ist, stellt sicher keine Neuigkeit dar. Dass es gerade das Bürgertum und die bürgerlichen Parteien sind, die sich mit der «Politik der leeren Kassen» bei sozialpolitischen Vorhaben querlegen, gewiss auch nicht. Hingegen ist der Gesinnungswandel gerade beim Aargauer Hochschulprojekt doch sehr gründlich.

Euphorische Planung

1962 forderte der CVP-Grossrat Jakob Hohl in einer Motion den Regierungsrat des Kantons Aargau auf, sich an das Projektieren einer Universität zu machen. Unter der Ägide von Erziehungsdirektor Ernst Schwarz (damals noch BGB) bewilligte der Grossrat 1964 einen Kredit für eine Vorstudie. 1970 noch verabschiedete das Parlament eine Vorlage zuhanden des Volkes, das einen 6,5-Millionen-Kredit für die Ausarbeitung der Pläne zu einer Hochschule bewilligen soll, die sich mit Bildungswissenschaften zu befassen hat. Die Mehrheitsverhältnisse waren eindeutig: 130 Grossräte waren dafür, 2 dagegen. In der Volksabstimmung siegte die Vorlage immerhin mit einem Vorsprung von ungefähr 4000 Stimmen.

Wissenschaftsrat und Schweizerische Hochschulkonferenz stimmten dem Projekt zu. Der Weg schien geebnet. Kaum jemand hätte damals vermutet, dass sich die bürgerlichen Parteien unter Führung des Freisinns sechs Jahre später vom Hochschulprojekt distanzieren würden, sozusagen ihr eigenes Kind verleugneten.

In der Tat lassen sich namhafte bürgerliche Politiker in grosser Zahl zitieren, die vehement für die bildungswissenschaftliche Uni eintraten. FDP-Ständerat Willy Urech proklamierte 1970: «Der Aargau ist aufgerufen, etwas Tapferes zu tun und sich zu bewähren.» Walter Fricker von der SVP gestand: «Wir wissen, dass unser Kanton einen Beitrag zu leisten hat, um diese Probleme (gemeint waren die hochschulpolitischen) zu lösen.»

Man konnte glauben, dass die Zeiten vorüber seien, wo mit Argumenten, die einem behäbigen Hausvater wohl anständen, Politik gemacht wird. Niemand schien sich auf die Worte des ehemaligen Aargauer Landammanns Bachmann von 1964 berufen zu wollen, der damals die Hochschulprojekte mit «soliden» finanzpolitischen Grundsätzen bekämpfte: «Jetzt müssen wir die goldenen Fettpolster anlegen, damit wir von ihnen zehren können, wenn einmal die Steuern zurückgehen – und da gibt es Leute, die, kaum sind die teuren Spitalbauten bewilligt, schon von einer Universität reden, die Hunderte von Millionen verschlingt.»

Finanzpolitische Vorwände

Heute nun, im selbstverschuldeten finanzpolitischen Wellental, hauen die Freisinnigen in die gleiche Kerbe. Die Finanzen fehlten, die Hochschule sei eine untragbare Last, wobei dann handkehrum eingesehen wird, dass die Hochschulkantone nicht mehr lange bereit sein werden, für die Aargauer Studenten an den deutschschweizerischen Universitäten 28 bis 30 Millionen Franken auszugeben.

Aber es ist schwer auszumachen, ob die finanzpolitischen Argumente nur vorgeschoben werden oder ob nicht die andern Argumente, die Argumente des Obskurantismus, diese Funktion erfüllen. Angefangen hat es schon bald nach der Volksabstimmung im Jahr 1970. An einer Pressekonferenz stellte das «Hochschulkomitee der Aargauer Jugend» fest: «Herrschte vor der Kredit-Volksabstimmung eigentlich noch eitel Einigkeit von links bis rechts, zeichnet sich jetzt ein unterschiedliches Verständnis von Zweck und Aufgabe der Bildungsforschung ab. Bei den Grossratswahlen von 1973 gerät der als SP-Bundesratskandidat abgeschossene aargauische Erziehungsdirektor Arthur Schmid unter bürgerliches Sperrfeuer. Der von ihm befürwortete Gesamtschulversuch trage «Klassenkampf ins Klassenzimmer». Im gleichen Jahr ein weiteres schlechtes Omen: Der Aargau verwirft den Bildungsartikel der Bundesverfassung als einziger der ihn umgebenden Kantone.

Die Auseinandersetzungen beginnen 1974 Gestalt anzunehmen. Es kommt zur Kontroverse um die Paritäten in den universitären Gremien. Der Regierungsrat erhebt Einspruch gegen eine Drittelsparität. 9 von 27 Sitzen, wie dies der Gründungsrat vorgeschlagen hatte, schienen ihm für die Studenten zuviel. Im Sinne einer «höheren Effizienz» der Leitungsstrukturen beharrt er auf nur sechs Studenten (und in der aktuellen Vorlage sollten es dann nur noch vier sein).

Bürgerliche Politiker suchten die «Vox populi» gegen das Universitätsprojekt zu verwenden. «Wer mit dem Volk in steter Tuchfühlung lebt, kann und muss feststellen, dass eine grosse bis völlige Unwissenheit herrscht, was in der alten Villa im Francke-Gut (Sitz der Planungsbehörde) in Aarau alles entwickelt wird und was in Sachen ‹Rüebliländer-Universität› auf uns zukommt.» So der SVP-Grossrat Karl Kyburz in der «Neuen Bürger Zeitung», dem SVP-Organ am 3. 8. 1974. Im «Aargauer Tagblatt» (22. 11. 1974) macht sich ein ungenannter Leser Luft. In der zukünftigen Hochschule «sind genau alle jene Disziplinen vorhanden, in denen sich an den heute schon bestehenden Hochschulen die sattsam bekannten linksgerichteten Studenten konzentrieren und ihre Demonstrationen durchführen: Geschichte, Soziologie und überhaupt jene Bereiche, die in ihrer Bezeichnung den schon so häufig strapazierten, missverstandenen und verdrehten Ausdruck ‹sozial› enthalten».

«Zum Abschuss reif»

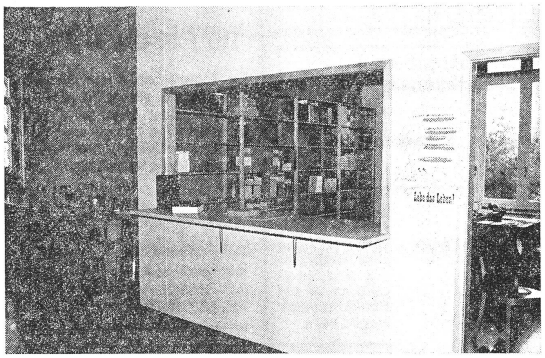
Die CVP des Aargaus beginnt im Mai 1975 zu schwenken. An ihrer traditionellen «Zurzacher Tagung» werden Gegenstimmen zum Projekt laut. Sogar der CVP-Gründungsrat-Präsident fühlt sich bemüssigt, vor den Nationalratswahlen gegen die zukünftige Uni Stellung zu nehmen. Das mittlerweile als reaktionär von sich reden machende «Badener Tagblatt» eröffnet Januar dieses Jahres das Feuer. Unter dem Titel «Akademisches Proletariat statt Berufsförderung» wird die bundesdeutsche CDU als Kronzeuge gegen die Bildungswissenschaften ins Feld geführt.

Als man sich dem 22. Oktober 1976 näherte, war die Zeit für die Überschrift des Zürcher «Tages-Anzeigers» gekommen: «Hochschule Aargau – Zum Abschuss reif». Die FDP-Fraktion veröffentlichte ihre ablehnende Stellungsnahme («Bedauert wurde unter anderem, dass bei der Vorbereitung der heutigen Vorlage aus den schlechten Erfahrungen im Rahmen der Bildungswissenschaften von unserm deutschen Nachbarland wenig gelernt wurde»), die SVP zog nach, die CVP war mindestens gespalten. Das «Badener Tagblatt» meinte im Hinblick auf die Vorlage dem Grossrat Unterricht in Demokratie geben zu müssen: «Politiker, die ernst genommen werden wollen, dürfen sich doch nicht der Illusion hingeben, der *Aargauer Souverän* lasse sich über das Mittel der Medizinerausbildung zu einem Ja zur Hochschule für Bildungswissenschaften *erpressen.*»

Was dann in der Debatte von einzelnen Grossräten geboten wurde, darf nicht verheimlicht werden. Die Bildungswissenschaften hätten einen negativen Einfluss auf das Volkswohl, prognostizierte Hermann Zulauf von der SVP. Gisler, CVP, warnte: «Die stetig zunehmenden Studentenzahlen lassen befürchten, dass die Aargauer Hochschule zu einem willkommenen Tummelfeld für jene wird, welche aus Gründen der Beschäftigungslage noch etwas an die Hochschule möchten.» Den Druck der «Reservearmee» durch eine Hochschule mit 800 Studenten verkleinern – das muss schon ein Bürgerlicher der Linken lehren. Auch Pestalozzi musste in der Kampagne herhalten. Meinte der FDP-Industrievertreter Hans Hemmeler noch 1970, dass mit dem Hochschulprojekt angeschlossen werde an eine «Aargauer Tradition, die mit Heinrich Pestalozzi auf dem Neuenhof in Birr begonnen hat», so erscheint der klassische Pädagoge heute als Apostel der Bescheidenheit. «Lernen wir wieder mit Pestalozzi, bescheidener zu sein und uns auf das Wesentliche zu beschränken. Wir brauchen nicht mehr Hochschulen, sondern bessere («Aargauer Tagblatt», 8. 10. 1976). Schliesslich tröstet uns Erich A. Kägi in der «NZZ» vom 25. Oktober. Unter dem Titel «Schlechte Zeiten für Hochschulgründungen» weiss er zu berichten: «Summa summarum aber hat diese aufwendige und personalintensive Forschung nicht mehr hervorgebracht als vorher schon eine gute Familienatmosphäre und gute Lehrer.» Nun gut – lieb Vaterland magst ruhig sein –, im Aargau ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigt worden. Es wird keine «rote Kaderschmiede» entstehen, die Zeiten des Bildungsoptimismus sind vorüber. In einem Land, wo die Prügelstrafe in der Schule noch nicht abgeschafft ist, braucht es keine Bildungsforschung. Unsere Väter hatten auch keine!

VSS

VSS
Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18
Vorstand: Hanna Muralt, Urs Hänsenberger, Thomas Heilmann



Konsolidierung des studentischen Buchhandels

Bücherwürmer Bücherhaie

Immer mehr entpuppt sich die Taktik des Schweizerischen Buchhändler- und Verleger-Vereins (SBVV), nämlich die Abschaffung des 10prozentigen Bücherrabatts für Studenten und damit die vorzeitige Aufkündung des Vertrages mit dem VSS und der (ehemaligen) Akademischen Buchgenossenschaft (die den SBVV 41 000 Fr. Konventionalstrafe kostete), als Bumerang, wurde doch damit für den gesamten Buchhandel eine allgemein unbefriedigende Situation geschaffen. Die Reaktion des VSS auf das Vorgehen des SBVV, mit der intensiven Unterstützung der Sektionen in dieser Sache eine aktive Politik zu entwickeln, zeitigt andererseits langsam ihre Früchte. Noch kann allerdings nicht die Rede sein von einem neuen Vertrag, aber immerhin – und dies scheint uns vorderhand das Wichtigste zu sein – funktioniert seit kurzem an allen deutschsprachigen Universitäten der Bücherdienstleistungssektor.

Nachdem, wie den meisten bekannt sein dürfte, bereits in Zürich, St. Gallen und Basel das Mittel der Selbsthilfeorganisation ergriffen wurde, stellte sich als vorläufig letztes Glied einer Reihe von studentischen Buchhandlungen die von der Studentenschaft der Uni Bern initiierte «Studentische Buchgenossenschaft Bern» (SBG) am 25. Oktober an einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vor.

Gewinnbeteiligung und Mengenrabatt

Die SBG steht sämtlichen Universitätsangehörigen offen (Studenten, Dozenten, Assistenten, Angestellten usw.), das heisst, sie können alle Genossenschaftsmitglieder werden. Ihre Statuten hat sie praktisch unverändert von der Polybuchhandlung an der ETH übernommen. Der SBVV konnte trotz Widerständen in den eigenen Reihen nicht umhin, sie weil ein marktkonformes Unternehmen, als Vertragsfirma aufzunehmen. Damit ist allerdings ihr Betrieb beschränkt auf denjenigen einer normalen Buchhandlung, und sie kann keinen direkten Rabatt gewähren. Hingegen werden die Genossenschafter Ende Jahr am Gewinn beteiligt. Auf der andern Seite gewährt sie natürlich die üblichen Mengenrabatte.

Und hier liegt für den Kunden ihr eigentlicher kurzfristiger Vorteil: Dank der zentralen Lage kann bei genügender Zusammenarbeit der Hochschulangehörigen für die gängige Studienliteratur, die in einigen Fachbereichen in grosser Stückzahl benötigt wird, über Sammelbestellungen der Mengenrabatt (bis zu 15%) ausgenützt werden.

Wohl geduldet, aber . . .

Obwohl Vertragsfirma des SBVV, stösst die SBG bei den anderen Berner Buchhandlungen nicht auf grosse Gegenliebe. So wollen beispielsweise die Mitglieder der Ortsgruppe Bern des SBVV sie nicht in den Genuss des Kollegenrabatts kommen lassen. Dieser wird von einer Zweitbuchhandlung abgegeben, wenn eine Buchhandlung ein nicht vorrätiges Buch bei einer anderen Buchhandlung anfordert und geliefert bekommt. Damit wird dem Kunden eine Dienstleistung erbracht.

Der VSS als potentiell neuer Vertragspartner des SBVV vertritt nach wie vor seine alten Positionen bezüglich eines neuen Vertrages: Ausdehnung des Bücherrabatts auf «alle in der Ausbildung Stehenden», hohe Konventionalstrafe, lange Vertragsdauer. Momentan stehen aber für den SBVV neue Vertragsgespräche nicht zur Diskussion.

Sündenbock schon da

Welche Massnahmen der SBVV zu ergreifen gedenkt, um die Konfliktsituation, die zwischen mehreren Parteien im Augenblick besteht, zu beheben, ist heute nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Nur eines steht fest: Mit sämtlichen Mitteln soll die umsatzträchtige «wilde» Buchhandlung der Studentenschaft Zürich zu Fall gebracht werden. Sie soll bereits heute zum Sündenbock gestempelt werden für den Fall, dass sich sehr unerfreuliche Entwicklungen im Büchermarkt ergeben sollten.

Würden nämlich die zum Teil arg bedrängten wissenschaftlichen Buchhändler (Umsatzrückgänge bis zu 50% seit der Inkraftsetzung der neuen Marktordnung des SBVV am 1. Januar 1976) gegen die geltende Marktordnung Stellung beziehen, etwa einen Preisbindungszerfall provozieren, indem sie den Bücherrabatt wieder einführten, wäre das Chaos perfekt.

Warum Preisbindung?

Keine Preisbindung würde heissen, dass jede Buchhandlung die Preise nach freiem Ermessen festsetzt, unrentable Titel mit kleiner Auflage würden in dem sich entwickelnden harten Konkurrenzkampf aus dem Sortiment gestrichen, Buchhandlungen in ländlichen Gegenden, die für eine möglichst diversifizierte Verteilerstruktur sorgen, würden unter dem allgemeinen Preisdruck langsam, aber sicher verschwinden usw.

Solche tiefgreifenden Veränderungen können nicht im Interesse der Studenten liegen, würde es doch dann sehr fraglich, ob die weitere Versorgung mit wissenschaftlicher Literatur bewerkstelligt werden könnte. Abgesehen davon ist die kulturelle Funktion, die die Preisbindung besitzt, nicht zu unterschätzen. Sie trägt zur Vielgestaltigkeit des Kulturlebens im Bereich der Literatur bei.

Wem nützt was?

Die heutige Situation auf dem Büchermarkt ist nicht nur ein Resultat von Aktivitäten der studentischen Buchhandlungen. Hier spielen Interessen mit, die man ruhig als Interessen des Stärkeren bezeichnen kann, Interessen solcher Buchhandlungen etwa, die einen starken Verlag im Rücken haben oder die sich einen Preisfall dank den hohen Umsätzen leisten könnten. Es ist insofern vielleicht nicht nur Kurzsichtigkeit, die den SBVV trotz seiner Beteuerung, an der Preisbindung festhalten zu wollen, zur Änderung der Marktordnung hinreissen liess.

An uns ist es aber, so lange den Bücherdienstleistungssektor zu sichern, als von seiten des SBVV keine Überprüfung seiner bisher harten Haltung erfolgt und er nicht versucht, einen nicht nur für ihn befriedigenden Konsens zu finden.

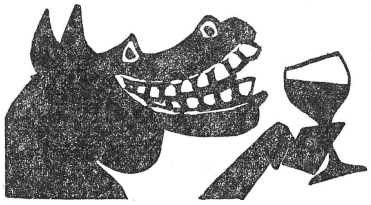
Urs Hänsenberger (VSS)

SpoLS

Ausländische Arbeitskräfte verlassen die Schweiz, weil sie müssen. Aber auch Schweizer kehren der Eidgenossenschaft den Rücken: Die Zahl derer, die 1975 ins Ausland gegangen sind, übersteigt die Zahl der Rückwanderer: 9813 Auswanderern im wehrpflichtigen Alter standen 1975 nur 6846 Heimkehrer gegenüber.

Die «Arbeitgeber-Zeitung», die diese Zahlen publiziert hat, macht sich Sorgen – nicht wegen der allgemeinen Tendenz, sondern im Blick auf den anhaltenden «Brain drain», den Verlust von Hochschul- und Technikumsabsolventen. Die Zahlen sind nicht dramatisch: In den letzten zehn Jahren verlor die Schweiz nur 196 Qualifizierte des mittleren und oberen Kaders. Aber allein 1975 ergab sich ein Minus von Hochschul- und Technikumsabsolventen von 46 Wehrpflichtigen. Wenn diese Quote anhält, so steigt der «Brain drain» in den nächsten 10 Jahren um 100 Prozent. Die «Arbeitgeber-Zeitung» meint, unter solchen Umständen müsse man sich «ernsthaft» mit den Folgen für die Wirtschaft befassen. Ob dabei allerdings nur die Entlöhnung bedacht werden muss, ist doch die Frage . . .

Sonderangebot 3 für 2



Statt irgendeiner Schnapsidee - schenken Sie Ihren Freunden und Bekannten klaren Wein ein!

Schenken Sie Ihnen das konzept

- **eine Zeitung mit Denkanstössen, mit fundierten Hintergrundberichten, mit guten Karikaturen, mit spritzigen Gags und Ideen**
- **eine Zeitung, in der auch ein Niklaus Meienberg noch schreiben darf**
- **eine gute Alternative zum kommerziellen, bürgerlichen Presse-Eintopf**

(gültig bis 31.12.76) 1 Abonnement (bis Dezember 77) 16 Fr., 2 Abonnemente 24 Fr., 3 Abonnemente 32 Fr. usw. (Ausland je Abo 4 Fr. Zuschlag). Geschenkabonnemente laufen ab erfolgter Zahlung. Sie erhalten eine Rechnung. Mit diesem Talon können Sie «das konzept» auch für sich selbst bestellen (gilt nicht für Abonnements-Erneuerungen!). Talon einsenden an: «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich dk 11/76

Ich erhielt diese Nummer von einem Bekannten*/durch Zusendung*/auf ein Zeitungsinserat hin*/als Probenummer*/Kiosk*/Abonnement*/Sie war aufgelegt* in (*Zutr. unterstreichen)

Abonnement an: Name, Adresse, Beruf:

Abonnement an: Name, Adresse, Beruf:

Abonnement an: Name, Adresse, Beruf:

Rechnung an: Name und Adresse:

das konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Atom und Energie

Herausgegeben von der «Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst» (GAK) und vom «Nordwestschweizerischen Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke» (NWA), erscheint die «Regional-Zeitung» etwa vierteljährlich in Auflagen bis zu 110 000 Exemplaren und wird von verschiedenen schweizerischen A-Werk-Gegner-Organisationen an ihre Mitglieder und darüber hinaus gezielt in bestimmten Regionen verteilt. Sie ist die auflagenstärkste Publikation dieser Art. Die neuste Nummer der «Regional-Zeitung» (Nr. 7, Herbst 76) enthält nebst aktuellen Nachrichten und Kommentaren als Hauptthemen einen Artikel zum Atommüll-Problem und eine fundierte Kritik des GEK-Zwischenberichts.
Bezugsquelle: Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke, Postfach 50, 4004 Basel, Tel. (061) 25 22 62.

orte

In der Doppelnummer 9/10 (Juni, Juli, August) der Schweizer Literaturzeitschrift «orte» schreiben einige ältere Autoren: *Albert Ehrismann, Walter Mehring, Gerhard Meier;* der Walliser *Maurice Chappaz* provoziert mit seinen Attacken gegen Bauherren und Tourismus-Ankurbler, gegen die «maquereaux des cimes blanches». Von den jüngeren Literaten wird der Ostschweizer Lyriker *Rolf Hörler* näher vorgestellt. Zu beziehen ist «orte» im Buchhandel oder direkt bei der Administration: Postfach 3, 8134 Adliswil.
Übrigens: Jeweils am dritten Mittwoch des Monats lesen Autoren der Literaturzeitschrift «orte» im Zürcher Café «Schoffelstube» an der Schoffelgasse 3.

Als der Kalte Krieg . . .

Fortsetzung von Seite 3

fen, die Europa noch einmal – und diesmal kompromisslos – für das zu kämpfen vorbereiten soll, was uns den Namen Europa so teuer macht: die Freiheit.» In der Aprilnummer liest sich der studentische Messianismus bereits so: «Legen wir den Grund zu einer organischen europäischen Integration mit einer europäisch-studentischen Einigung!»
Bereits Ende 1956 hatte sich unter Jörg Thalmann und *Ullin Streiff* eine studentische Europa-Aktion gebildet. In einem Aktionsprogramm umschrieb die Aktion ihr Ziel wie folgt: «Unter dem niederschmetternden Eindruck des kläglichen Versagens der Freien Welt in der Ungarn-Krise fanden sich im Herbst 1956 in der studentischen Europa-Aktion Zürcher Studenten zusammen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Stärkung der Freien Welt zu kämpfen.»
Die Aktion hat den Charakter einer Erneuerungsbewegung: Unter anderem sollen die Bildungsinhalte den Erfordernissen einer neuen Zeit angepasst werden. In einem Fragebogen der Aktionler, der im «zürcher student» abgedruckt war, konnten die Studenten ankreuzen: «Soll die Schweiz am europäischen Zusammenschluss teilnehmen: wirtschaftlich durch Anschluss an die Freihandelszone / politisch durch den Beitritt zum Europa-Rat / militärisch durch Anschluss an die Nato?»
Eindeutige Schützenhilfe erhielt die Aktion von Prof. Werner Kägi, wenn auch in vorsichtiger Formulierung. «Europäische Einheit!» heisst der programmatische Titel eines Kägi-Artikels im «zürcher student»: «Wir brauchen die äussere Vereinheitlichung, um den abendländischen Raum gegen die Drohungen des Bolschewismus zu verteidigen», propagiert Kägi. «Diese ‹europäische Einheit› muss auch wirtschaftlich und militärisch verteidigt werden.»
Am 17. Dezember 1957 referierte Thalmann vor dem KStR über seine Europa-Aktion. Er wird ermächtigt, «die ersten Schritte (publizistisch und abklärungsmässig) zur Erhaltung und evtl. Übernahme der Ost-Bibliothek von Herrn Dr. *P. Sager*, Bern, vorzunehmen.» Bereits am 18. Februar 1958 begrüsst der GStR mit 41 Stimmen «die Bemühungen von Dr. Sager (Bern) um Ausbau und Fortführung seiner Ostbibliothek». Gleichzeitig dankt der KStR *Ullin Streiff, R. Hauswirth, Hansjörg Siegenthaler und Rudolf Rohr* für ihre Bemühungen in dieser Sache. 1960 wiederholte der GStR seine Resolution und spendete aus dem eigenen Sack 1000 Franken für Sagers Osteuropa-Bibliothek.

Akademische Bürgerwehr?

Es gab aber auch Studenten, die langsam am Schwarz-Weiss-Schema des kalten Krieges zu zweifeln begannen. Der Empfang der Moskaufahrer im Bahnhof Enge scheint nicht nur Berthold Rothschild verunsichert zu haben. Am einjährigen Ungarn-Gedenktag, dem 4. November 1957, sagte der studentische Redner im Fackelschein: «Die Art und Weise, wie sich die Empörung darüber dann handfest Luft machte, nachdem die Demonstranten frech provoziert worden waren, war wohl nicht besonders glücklich. Denn wir wollen ja nicht dieselben Methoden anwenden, die wir den Kommunisten ankreiden. Im äussersten Notfall allerdings muss auch der akademisch Gebildete bereit sein, bei einem Aufruhr der Feinde der Demokratie auf die Strasse zu gehen und zur Verteidigung der Freiheit mit den anderen Volksteilen zusammen die Waffen zu ergreifen.» Es ist erst neunzehn Jahre her, seit diese Sätze gesprochen wurden.

Jürg Frischknecht

PS: Der Begriff «politisches Mandat» (oder so ähnlich) ist mir nie begegnet. Haben die Erziehungsdirektoren damals geschlafen?

Sie suchen in Zürich
möbl. Zimmer oder
möbl. Wohnung?
Rufen Sie uns an, wir können Ihnen bestimmt verschiedene interessante Angebote unterbreiten. Keine Gebühren!
dcuo Verwaltungs AG, 8039 Zürich
Tödistr. 48, Tel. 25 73 12

Semesterarbeiten Dissertationen
tippe ich rasch, zuverlässig und preisgünstig.
R. Hager, Waldstrasse 14
8046 Zürich
Tel. (01) 57 66 50

Dissertationen
druckt und bindet äusserst günstig
Brütsch-Druck
8211 Trasadingen
Tel. (053) 6 27 02

1977 in die USA
im Sommer als **Camp Counselor,** Frühling bis Herbst als Teilnehmer einer **Hospitality Tour** oder für 2 bis 4 Monate als Gast in einer amerikanischen Familie (nur Mädchen von 18 bis 24 Jahren).
Auskünfte durch:
International Summer Camp
Postfach 406, 5401 Baden
Tel. (056) 22 32 60

Ihre **DISSERTATION**
druckt zu vernünftigen Preisen
Gysin
Rudi Gysin AG Haus der Reprografie
Im eisernen Zeit at, 8057 Zürich, Telefon 01/60 16 66
Filiale 8050 Zürich-Oerlikon:
Hugostrasse 2 / Ecke Schwamendingenstrasse, Telefon 01/46 22 33

SSS studenten-schreib-service
Dissertationen
Lic.- und Sem.-Arbeiten
– vorschriftsgemässe und rasche Ausführung
– druckfertig ab Manuskript, inkl. Korrektur
– deutsch, englisch, französisch
– IBM-Kugelkopf-Maschinen mit Filmband (besonders geeignet für Offset)
– 20 verschiedene Schriften
– Offsetdruck. Preisliste anfordern!
Rufe uns einfach an oder komme vorbei (3 Min. von der Uni Zürich!).
Tel. (01) 32 00 88
Sonneggstr. 26
8006 Zürich

Bücher aus der DDR
30 Jahre
Genossenschaft Literaturvertrieb
Schöne Literatur
Technik und Wissenschaft
Grosses Auslieferungslager Bücher aus der DDR
Buchhandlung Genossenschaft Literaturvertrieb
Cramerstrasse 2 / Ecke Zweierstrasse, 8004 Zürich
Tel. 01 39 85 12 und 39 86 11

Kontaktinserate in «das konzept» sind sehr preisgünstig und erreichen ca. 40 000 kontaktfreudige junge Leser.

DISSERTATIONEN
druckt exzellent
BÖNECKE
3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/3525

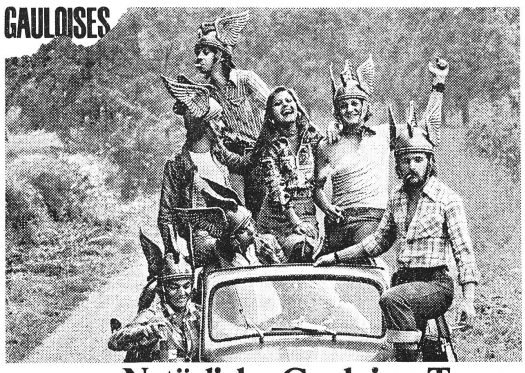
von DIN A4-Vorlage auf DIN A5-Format	bei Expl.	DM pro Seite
	70	3.30
	100	3.45
	150	3.65
	200	3.80
	300	4.25

Frachtverbilligung
Raster billigst!
Angebot anfordern

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon 01 / 27 77 27

SSR Ueberwintere im Schnee
Für blutige Anfänger Fr. 275.–
Klosters, 4.–11.12., 15.–22.1.
Vorsaison-Skikurse Fr. 360.–
Klosters, 5.–11.12., 12.–18.12.
Spezialskikurs Fr. 350.–
Davos, 12.–19.12., 9.–16.1.
inbegriffen Halbpension, Skiabonnement, Unterricht
SSR
Schweizerischer Studentenreisedienst Tel. 01/473000

Dissertations-Schnell-Druck
unverbindliche Beratung
individuelle Ausführung jeder Dissertation
kostenloser, zuverlässiger Kundendienst
Schlagerpreise
erstklassige Qualität
kurze Lieferfrist
7 gute Gründe, uns anzurufen
kostenloser Hauslieferdienst
Zollinger AG Tel. 710 63 60

GAULOISES

Natürlich...Gauloises-Typen.

treff punkt

Raum Bern–Biel: **Sympath. Akademiker** (31/180), verheiratet, in offener Ehe, sucht tolerante und zärtliche Partnerin für gelegentliche Treffen. Keine Dauerbeziehung. Zuschriften mit Bild unter Chiffre 3035, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Emanzipierte ruhige Wohnpartnerin gesucht von emanz. Stud., 29/176, rel. reif, sportlich, gepflegt. Gemeinsame, von Sympathie getragene Persönlichkeitsentfaltung erwünscht. Ruh. 3-Zr.-Whg. Chiffre 3048, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Ich, ein **einsamer Romantiker** (25), suche zwischenmenschliche Beziehung zu einem aufgestellten, krisenfesten, etwa gleichaltrigen Mann. Chi vuol' esser' lieto sia, di doman' non c'è certezza! Zuschriften (evtl. Bild) an Chiffre 3067 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Homo, 30, braucht Freund, 27–33. Flott aussehend, unkonventionell. Plausch an Handarbeiten, Sport, Musik, Kunst, Geschichte. Chiffre 3063, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

19½j. Luzerner sucht **liebes, ehrliches Mädchen** zum Gernhaben, gemeinsamen Skifahren, Spazieren, Gedankenaustauschen, Suchen und Leben von Alternativen (bewusster leben – weniger gelebt werden). Möchtest Du mich kennenlernen? Schreibe mir doch unter Chiffre 3075, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Gutaussehender, sporttreibender, selbständiger, deutscher Dr. Ing. 38/182, weltoffen, mehrsprachig, in Zürich lebend, **wünscht sich warmherzige,** adäquate, nichtrauchende Partnerin, bis 30, für eine erfüllte Zukunft und freut sich darauf, Ihre Bildzuschrift zu beantworten. Chiffre 2971, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Aufgeben von Kleinanzeigen:

Preis: bis 30 Worte 12 Fr., bis 60 Worte 24 Fr.; für Chiffreinserate 3 Fr. Zuschlag.

Text mit Schreibmaschine oder Blockschrift sauber auf ein Blatt schreiben, Name und Adresse beifügen und einsenden an MOSSE-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich; Betrag auf Postscheckkonto 80-1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kontaktinserat ‹das konzept›» bzw. «Kleininserat ‹das konzept›» auf der Rückseite vom Abschnitt des Einzahlungsscheins. Das Inserat erscheint nach Überweisung des Betrages. Diskretion zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen. Einsendeschluss wie für Inserate (siehe Impressum).

Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung: die Gratis-Rubrik

für die Reisepartner-Suche

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können allerdings nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in der Rubrik «treffpunkt».)

Wie mach' ich's?

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name und Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rappen frankiert, einsenden an **«das konzept», Reis mit, Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Einsendeschluss wie Inseratenschluss (vgl. Impressum).**

*

Ich suche einen Kumpel, der bereit ist, mit mir (22) eine **Weltreise per Velo** zu starten. Zeit und Geld muss vorhanden sein. Start Frühling 77. Dauer ca. 1 Jahr. Bitte melde Dich unter Tel. (052) 47 12 07, Thomas.

*

Alaska, Kanada, USA: Biologe, Artikelschreiber, Photograph, 28, sucht unkomplizierte Begleiterin, 20–28, für einjährige Reise ab Frühjahr 1977: gemeinsam Land und Leute erleben, Material sammeln. Daniel Marthaler, Blumenbergstrasse 37, 3013 Bern.

*

Wer hätte Lust und die Zeit, mit mir (Maitli, 22) im Sommer oder Herbst 77 einen 2- bis 3monatigen **Fernost-Trip** zu unternehmen? Meine Adresse: Judi Fry, Haus am Laretweg, 7500 St. Moritz

*

Suche Mädchen, 18–24 Jahre alt, um eine **Ski- und Plauschwoche** zu verbringen, in der Zeit vom 18. 12. bis 31. 12. 1976. Schreibe mir bitte (in D, F, E) unter Angabe Deiner Telefonnummer. Bis bald! Esther Ganz, Fbg. du Lac 31, 2000 Neuchâtel.

*

Mittel- oder Südamerika. Wer fährt mit für zwei Monate ab Mitte Juli 1977? Tripverlauf (Auto, Zug) nicht festgelegt. Georg Glöggler, D-775 Konstanz, Burckhardtstrasse. 35/111.

Bedenkliches zur jüngsten Entwicklung Griechenlands

Viel Demokratie auf Thasopoula

Nach dem Obristensturz 1974 ist Griechenland umgehend wieder begehrtes Reiseland geworden. Diesen Sommer wies Hellas eine Rekordzahl von Besuchern auf, die sich in der «ältesten Demokratie» wieder mit bestem Wissen und Gewissen der südlichen Sonne und den zeitlosen Werken abendländischer Kultur hingeben konnten. Doch nicht nur Berichte über den grossen Touristenstrom nach Griechenland sind bis in die schweizerischen Zeitungen gedrungen: Es gab auch Meldungen zur Auslieferung Pohles an die BRD und zu den aussergewöhnlich heftigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Streikenden um den 25. Mai in Athen. Für Ami Karadouroglou und Werner van Gent, die für «das konzept» aufgrund eines längeren Griechenlandaufenthalts die jüngsten Entwicklungen auf der Sonneninsel schildern, häufen sich die Anzeichen dafür, dass das Symbol der Diktatur – ein der Asche entsteigender Phönix – wieder «sinnreich» wird. Die nun erst zweijährige Demokratie kränkelt. Hoffentlich sind es Kinderkrankheiten. ls

«Liefert Pohle nicht den Nazis aus» konnte man noch vor zwei Monaten in Athen und Saloniki an vielen Mauern lesen. *«Linksextremisten haben es geschrieben»* behauptete die Regierung. *«Schlecht informierte und naive Griechen»*, so wollte es «Der Spiegel» wahrhaben.

Gegen die «Polizisten Amerikas»

Doch hinter der starken Sympathiebewegung für Pohle standen nicht nur Linksextremisten und schlechtinformierte Griechen. Die Panhellenische Sozialistische Partei (PA.SO.K), stärkste Oppositionspartei, aber auch die relativ weit verbreitete Kommunistische Partei (KKE) sahen Pohle nicht in erster Linie als einen Widerstandshelden an. Ihre Proteste richteten sich vor allem gegen die mit «grossdeutscher» Arroganz betriebene Einmischung der Alemannen – die «Polizisten Amerikas», wie man in Griechenland zu sagen pflegt. Der deutsche Druck auf die Regierung war so stark, dass Karamanlis nichts anderes übrigblieb, als eine Gesetzesänderung durchzuführen, um Pohles Auslieferung zu beschleunigen. *«Damit ich vor den Wahlen in Deutschland ausgeliefert werde»*, wie Pohle selbst sagte.

Dass die deutsche Einmischung kein Hirngespinst ist und sich nicht nur auf das «Pohle-Problem» beschränkt, wurde kürzlich durch die am meisten gelesene Zeitung *«Ta Nea»* nachgewiesen: Der Rechtsaussen Franz Josef Strauss habe nicht nur das Obristenregime unterstützt, sondern organisiere noch heute rechtsextreme Gruppen. Strauss wollte (konnte) dies nicht einmal mehr dementieren: *«Solange die Sowjets hier aktiv sind, mach' ich weiter!»* Eine von Strauss und Konsorten unterstützte Gruppe ist nach «Ta Nea» und «To Vima», die sogenannte *«Panhellenische Organisation von Freunden der Militärpolizei» (POF/ESA).*

Nur noch Alibiprozesse

Diese Vereinigung und die mit ihr zusammenarbeitenden «Achians» bestehen aus fanatischen Jüngern des harten Diktators Ioannides und auch aus einigen Monarchisten. Die steigende Auflage ihrer Pro-Junta-Zeitung «Elefteros Kosmos» ist jedoch ein Zeichen dafür, dass nur zwei Jahre, nachdem die Obristen Platz machen mussten, solche faschistische Elemente im «demokratischen» Griechenland sich frei und öffentlich bewegen können. Ausserdem hat die Regierung, trotz Protesten, schon längst aufgehört, dicke Fische aus der Junta-Zeit zu verfolgen. Sie versucht ihr Image durch einige Prozesse gegen politisch unbedeutende Folterknechte zu retten.

«Von POF/ESA und indirekt von Strauss stammt auch das Geld, welches in rauhen Mengen einer illegalen Terrororganisation zufliesst.» So die Zeitung «To Vima». Die POF/ESA verübt in letzter Zeit Anschläge auf linke Personen und Parteibüros. Ihre «Arbeitsmethoden» lassen unheimliche Erinnerungen an die «Karfitsa-Bewegung» aufkommen, welche in den 60er Jahren, während der ersten Karamanlis-Regierung, unter anderem das linkssozialistische Parlamentsmitglied Lambrakis umbrachte. Als nämlich am 1. Mai dieses Jahres der Parlamentarier und frühere Widerstandskämpfer Panagoulis durch einen mysteriösen Autounfall ums Leben kam, kurz bevor er wichtige Daten über die immer noch von Junta-Leuten verseuchte Militärpolizei veröffentlichen wollte, tauchte sofort die Frage auf: «Autounfall oder Mord?» Für viele griechische Zeitungen brach die Zeit vor der 67er-Diktatur wieder an.

«Es ist anders als vor der Diktatur»

«Aber etwas ist anders als in den 60er Jahren», meint der Redaktor der kommunistischen Zeitschrift *«Odigiis»*: Das Volk ist während sieben Jahren Diktatur ungeheuer sensibilisiert worden in bezug auf rechte Aktivitäten. Tatsächlich findet man in Griechenland überall Zeichen von antifaschistischen oder antiimperialistischen Bewegungen. Und diese sind keineswegs auf die grossen Städte beschränkt.

Auf der Insel Euboia beispielsweise waren wir Zeugen einer grossen Demonstration: Die Bewohner von Prokopio forderten die Enteignung von rund 300 000 ha Land, das sich seit 1946 im Besitz einer englischen Familie befindet. Die Bauern wollten eine unabhängige Produktionskommune errichten. Der jetzige Besitzer, das Ex-Labour(!)-Parlamentsmitglied Sir Francis Noel Baker, hatte sich geweigert, auch nur einem Teil der Forderungen entgegenzukommen. Sprüche wie *«Baker, wir wollen unser Land selber verwalten»* und *«Türkenfreund, saug uns das Blut nicht länger aus»* (die Türken schenkten den Engländern damals das Land) brachten achtzehn Dorfbewohner) – darunter vier Minderjährige – ins Gefängnis. Die Regierung wusste, wie sie die Verhaftungen begründen musste: *«Es ist verboten, politische Sprüche auf die Wände zu malen.»* Eine zweite Demonstration war die Antwort der Bauern.

Solche Bewegungen sind für die weitere Entwicklung wichtig. Sie zeigen, dass die Griechen es langsam satt haben, immer von aussenher regiert und ausgebeutet zu werden.

Aufstände mit Tradition

Eine ebenfalls sehr grosse antiimperialistische Bewegung beschäftigt sich mit den zahllosen US-Militärbasen. Was Amerikaner für ihr Land als ungeeignet finden, pflegen sie in ein anderes Land auszuführen. So stehen seit 1973 in Nestos zwei gigantische 1000-kW-Sender und andere 35-kW-Sender. (In den USA sind Sender von maximal 250 kW zulässig.) Demonstrationen und Protest-Meetings sind vor allem in solchen Gebieten keine Seltenheit mehr. Doch auffallend ist die Teilnahme vieler älterer Leute. Man sieht die alte kommunistische Tradition sich wieder regen, obwohl jahrzehntelang die linke Bewegung konsequent unterdrückt wurde.

An einem von Studenten organisierten Protest-Meeting in der Provinzstadt Xanthi waren zum Beispiel nur die Hälfte der Teilnehmer Studenten. Ihr politisches Image ist bei der Bevölkerung im übrigen sehr positiv. Daran hat sicher auch der blutig unterdrückte Novemberaufstand und die Besetzung der Technischen Hochschule in Athen 1973 mitgewirkt. Nicht umsonst sagen die Studenten, wenn Verteidigungsminister Averoff und Premier Karamanlis auf die grössere Kriegserfahrung der griechischen Offiziere gegenüber den türkischen anspielen: *«Wie könnten sie auch anders. Unsere Offiziere sind gelehrt. Sie waren immerhin schon einmal' – eben 1973 – in der Technischen Hochschule . . .»*

Türkeikrise als Ablenkung

Der Konflikt rund um die Ägäis nimmt überhaupt einen der wichtigsten Plätze in der griechischen Politik ein. Seit zwei Jahren ist die Türkeikrise das tägliche Lieblingsthema aller Zeitungen. Die Provokationen türkischerseits lassen den Konflikt bis zur Explosion eskalieren. Die Ölbohrungen neben den Dodekanes-Inseln und die Erweiterung des Luftkanals über der Ägäis machen für viele Griechen das Zypern-Gespenst wieder wach.

Und neben allen aussenpolitischen Ursachen gibt es – auf beiden Seiten der Ägäis – auch innenpolitische: Sowohl Karamanlis als auch PA.SO.K-Führer Papandreou versuchen sich mittels einer «starken» und antitürkischen Linie politisch zu profilieren. So ist die Türkeikrise für die Regierung eine höchst willkommene Ablenkung von den massiven ökonomischen und sozialen Problemen. In einer vielbeachteten Fernsehrede im August gab Karamanlis die Lösung dieser Probleme bekannt: *eine starke Armee, eine eigene Waffenindustrie, den EWG-Beitritt* und die *Förderung kleiner Betriebe*. Allesamt Massnahmen, welche die Probleme nur noch verschärfen.

(Elisa Kopstoneu)

. . . Unterdrückung hat Tradition in Griechenland: der Protest der Studenten der Technischen Hochschule Athen 1973 endete blutig.

Ein billiges Land für Produzenten

Die immer noch hohe Inflation und die Zahl von 275 000 Arbeitslosen (auf 9 Mio. Einwohner) sind nur trockene Angaben, hinter denen sich viel Elend verbirgt. (Arbeitslosenunterstützung ist fast ein Fremdwort!)

Der Plan Karamanlis', diese ökonomische Misere mit Waffenindustrie und EWG-Beitritt bekämpfen zu wollen, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Eine eigene Waffenindustrie ist schon nur wegen des grossen Wissens- und Kapitalbedarfs nicht möglich. Mit Waffen kann man ja Inflation nur anheizen! Auch der EWG-Beitritt, der heisseste Wunsch von Karamanlis, wird von den Oppositionsparteien PA.SO.K und KKE nur als ein weiterer Zugriff der Monopole auf Griechenland betrachtet. *«Sie kommen doch nur hierher, um von unseren billigen Löhnen zu profitieren!»*, heisst es bei den Arbeitern.

Tatsächlich ist Griechenland immer noch ein billiges Land für Produzenten. 20% allgemeine Preiserhöhung wie im vergangenen Juni wurde garantiert nur teilweise (bis 7%) oder gar nicht kompensiert. In den vielen kleinen Betrieben, die manchmal noch richtig feudalherrschaftliche Verhältnisse aufweisen, ist nicht einmal der Minimumlohn garantiert. (Obwohl die Förderung der Kleinbetriebe einer von Karamanlis' kühnen Plänen ist.) Der offizielle Minimumlohn liegt bei 210 Drachmen (etwa 14 Fr.) pro Tag. Die Miete einer normalen 3-Zimmer-Wohnung in Athen kostet zwischen 2500 und 5000 Drachmen pro Monat, mehr als einen halben Monatslohn. Und nur ein Kilo Brot kostet schon 11 Drachmen. Sogar Touristen hört man hier und da über den Preisanstieg klagen. Mit Mark, Franken und Dollars in der Tasche, versteht sich . . .

Streikgesetze . . .

Unter diesen Umständen musste es zu schweren sozialen Unruhen kommen. 1975 gab es 219 Streiks mit insgesamt 570 000 Streikenden. Die Regierung reagierte zielbewusst. Durch den Erlass eines neuen Gesetzes versuchte sie die Gewerkschaften einzuschränken. Denn Gewerkschaften müssen ruhig, am besten überhaupt nicht, auftreten, wenn Griechenland der EWG beitreten will. Dem Ausländer, der sein Geld dort anlegt, muss gezeigt werden, dass seine Wertpapiere nicht nur sicher angelegt sind, sondern dass auch noch ein gewisser Profit herausspringt.

Trotz dem neuen Gesetz gab es in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 1 100 000 Streikende. Daraufhin erliess die Regierung ein zweites Gesetz, Nummer 330/76, wodurch das Streiken nahezu unmöglich wurde. Direkt angewendet wurde dieses Knebelgesetz bei den Ereignissen vom 25. Mai in Athen. Ein Bauarbeiterstreik verwandelte sich damals in eine enorme Schlacht zwischen Polizei und Streikenden. Während mehr als zwölf Stunden konnte die Polizei, welche aus schwärzeren Zeiten schon an einiges gewöhnt war, die Lage nicht meistern.

Für ein ruhiges Griechenland

Die ausländische und die schweizerische Presse reagierte natürlich «sehr beunruhigt» auf diese «gewalttätige» Entwicklung. Karamanlis sah sich dann auch genötigt, vor dem Fernsehen zu erklären, es sei seine ganz persönliche Pflicht, diese kommunistische Wühlerei auszurotten. Dazu die «NZZ» am 17. 6.: *«Karamanlis richtete in besorgtem, aber ruhigem Ton nachdrückliche Ermahnungen an die Adresse des Linksextremismus.»* Die Oppositionsparteien PA.SO.K, KKE und (liberale) Zentrumsunion distanzierten sich sofort von diesem Streik. Damit bekam Karamanlis «Carte blanche», um allerlei kleine kommunistische Aktionsgruppen zu verfolgen. Die Folgen dieser Repression wirken sich jetzt schon auf die gesamte Opposition aus. So ist es seit Mitte September verboten, Flugblätter und Broschüren auf der Strasse zu verteilen, Plakate aufzuhängen oder ähnlichen politischen Aktivitäten nachzugehen, welche die Ordnung stören könnten.

Diese verstärkte Repression richtet sich vor allem gegen die Studenten. (Im wirtschaftlichen Bereich ist die Repression wegen des grossen Arbeitslosenheeres nicht so «nötig».)

Das einzige – sehr wirksame – Mittel, Universität und Technische Hochschule in Schach zu halten, ist ein monströser Numerus clausus. Dieses Jahr konnten nur 11 000 von 88 000 Kandidaten einen Platz an einer der Hochschulen kriegen. Und wer da keinen reichen Vater hat, um ins Ausland auszuwandern, oder wer schon zum zweiten, dritten, vierten Mal die schwierige Aufnahmeprüfung zu bestehen versucht hat (mittels teurer Privatkurse!), muss eben schauen, dass er etwas anderes findet. Dass unter diesen Umständen doch noch 82% der Studenten bei den Studentenparlamentswahlen links stimmen, ist erstaunlich. Daran mag die an der Universität besonders deutlich spürbare Repression Anteil haben. Polizisten wachen sogar in Leseräumen über die Studenten, und politisch begründete Aussperrungen sind bereits zum «Normalfall» geworden.

Wieviel Demokratie . . .

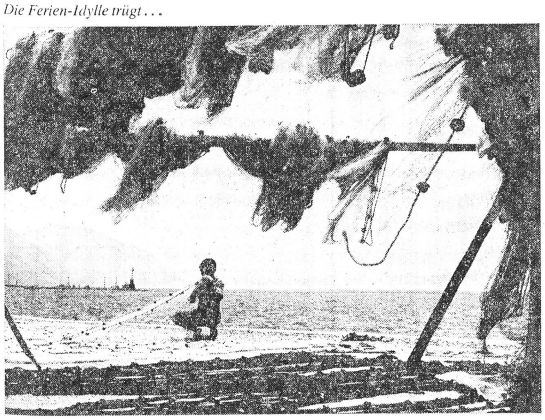
Der kommunistisch angehauchte Komponist Theodorakis sagt im Hinblick auf die wachsende Repression, es sei besser, in diesem Zeitpunkt mit bürgerlichen Parteien und Kräfte zusammenzuarbeiten, damit die immer noch drohenden Ultra-Rechten nicht wieder ans Ruder kommen. Aber er steht mit dieser Variante des historischen Kompromisses ziemlich allein da. Es bleibt die Frage, wie die griechische Opposition sich gegenüber der verschärften Unterdrückung behaupten kann. Eine Lockerung ist kaum zu erwarten. Dafür sind die ökonomischen Probleme zu gravierend.

Man wird Griechenland in den kommenden Jahren nicht mehr als das stabilste Land Südeuropas anpreisen können. Vielleicht müssen sich jene Touristen, welche dieses Jahr aus Spanien ins ruhige Hellas geflüchtet sind, schon bald wieder einen anderen Ferienort aussuchen. (Vielleicht bietet sich dann der Libanon als von unruhigen Elementen gesäubert an . . .) Kann die nun zweijährige «Demokratie» Einmischungen à la Strauss, Schmidt und andere ohne Schaden verkraften?

Ein Fischer auf der Insel Thassos bemerkte dazu: *«Natürlich haben wir Demokratie, sogar viel Demokratie . . . . . auf Thasopoula!»* Thasopoula ist eine kleine unbewohnte Insel vor der Küste von Thassos.

Athen, Anfang Oktober 1976
Ami Karadouroglou und Werner van Gent

Die Ferien-Idylle trügt . . .



(Elisa Kopstoneu)

Spots

Die FDP soll für die Stimmbürger auch zwischen den Wahlen schmackhaft sein. Deshalb organisiert sie – wie die «NZZ» am 28. September zu berichten wusste – von Zeit zu Zeit ein sogenanntes «Politiker-Nachtessen», an dem sich «Fussvolk» und Vertreter in Behörden und Parlamenten auf eine ungezwungene Art begegnen können. Zur lockeren Plauderei über «Spionage – eine Lappalie oder ein ernst zu nehmendes Thema?» gaben sich diesmal Nationalrat Ulrich Bremi, Werbefachmann und Subversivenspezialist Ernst Cincera und Alt-Bundesanwalt Prof. Dr. Hans Walder ein prominentes Stelldichein. «Wo sitzen die Spione?» lautete die Frage. Und die Antwort nach wie vor dem Fall Jeanmaire: mitten unter uns – besonders wenn es irgendwie international zu und her geht. «In einem freiheitlich-demokratischen Staatswesen wie dem unsrigen lässt sich das Treiben von Spionen niemals gänzlich unterbinden, es sei denn, man wolle eine immer perfektere Kontrolle über den Bürger und schliesslich den totalen Polizeistaat.»

Es sind zunächst unbestätigte Vermutungen, nach denen E. Cincera sein Informationsblättchen über «Wühler» von nun an regelmässsig in Buchform herausgibt. Um die für die Staatssicherheit risikoreichste Gruppe, die «treulosen und daher erpressbaren Ehemänner» zu erfassen, habe er zurzeit noch nicht genügend qualifizierte Mitarbeiterinnen gefunden, die den Lebenswandel aller Schweizer Männer diskret und wertneutral ausspionieren könnten.

*

Die Freiheit der freien Welt wird immer wieder von Massenmedien und Regierung gelobhudelt. Kräftigstes Zugpferd dabei ist das Recht auf freie Meinungsäusserung. Abgesehen davon, dass es bei uns zur Verwirklichung dieses Rechts eines grösseren Geldhaufens bedarf, den nicht allzu viele besitzen, ist ein weiteres Vorkommnis aufschlussreich: Das Organ der Kommunistischen Partei Italiens, Unità, wartet seit sieben Monaten darauf, ihren Korrespondenten in Washington akkreditieren zu können!

*

Die Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft («Wirtschaftsförderung») hielt ihre 14. Mitgliederversammlung ab. Professor Egon Tuchfeldt von der Universität Bern sprach zu diesen Mitgliedern über die Freiheit unserer Marktwirtschaft. Dabei kam er etwas von der professoralen Linie ab, als er die Gefährdung des Liberalismus durch «Wühler» beschwör. Danach hat die Revolution schon begonnen, weil die «Gesellschaftsreformer» gar keine sind, sondern Revolutionäre. Und so fuhr er geistreich weiter, mehr Demokratie bringe nicht mehr Freiheit mit sich! Sondern nur die «scheibchenweise Revolution». Und die Wühler seien schon überall am Werk . . . Damit hat er sicher nicht Brigadier Jeanmaire gemeint, und sicher auch nicht sich selber. Aber wer die verfassungsmässigen Rechte der Reformdemokratie nicht akzeptiert, ist ohne Zweifel nicht nur ein Wühler, sondern ein Gesetzesbrecher.

*

«Archipel Gulag»-Autor Solschenizyn ist von der Zürcher Turnerstrasse in ein stilles, inmitten eines grossen, umzäunten Besitzes gelegenes Landhaus im US-Bundesstaat Vermont umgezogen, weil er sich von sowjetischen KGB-Geheimdienst-Agenten verfolgt fühlte: Auch im freien Westen ist man nicht sicher. Nicht den kalten Krieg gepredigt hingegen, sondern seine Pflicht als Christ getan hat der katholische Bischof von Umtali im christlich-westlich beherrschten Rhodesien. Mgr. Donal Lamont, der Schwarze beherbergt hatte, wurde wegen «indirekter Unterstützung schwarzer Guerilleros» zu 10 Jahren Zwangsarbeit, 10 Jahren Archipel Gulag, verurteilt.

*

Auch so kann man Berichtigungen formulieren: Die Schweizerischen Arbeitsgruppen für Entwicklungsfragen haben sich beim Zürcher «Tages-Anzeiger» (TA) beschwert über die Berichterstattung über die Gewalt an türkischen Hochschulen. TA-Korrespondent Stierli (Athen) hatte «in erster Linie die militanten Linksradikalen» für die blutigen Auseinandersetzungen verantwortlich gemacht, bei denen drei Menschen getötet worden waren, einer von Faschisten, zwei von Polizisten. In einem Kommentar zu dem Brief muss Stierli zugeben, es stehe «ausser Frage», dass die nach Nazi-Vorbild aufgebaute paramilitärische Jugendorganisation der an der Regierung der Nationalen Front Demirel beteiligten faschistischen Nationalen Aktionspartei «mit massivem Terror operiert» habe und dass bisher mindestens 29 Menschen von Rechtsextremisten getötet worden seien. Die Polizei sehe zwar oft tatenlos zu, aber davon, dass sie die Rechtsextremisten unterstütze, «spricht . . . nur die Linkspresse». Und Stierli verlässt sich halt auf die nichtlinke Presse. Im übrigen seien die linken Gruppen zahlenmässig stärker, und daher «erscheinen» sie «dem unbeteiligten Beobachter in erster Linie als die Verantwortlichen für die blutigen Zusammenstösse». In der Welt der «Erscheinungen» hat TA-Korrespondent Stierli wohl recht. Oder?

Der Tages-Anzeiger lässt Sie mit Ihren Büchern nicht allein.

TAGES ANZEIGER MAGAZIN

Tages-Anzeiger MAGAZIN

Überparteiliche schweizerische Tageszeitung

Verstehen Sie uns recht: Wir haben nichts gegen Bücher. Einige Mitarbeiter des Tages-Anzeigers schreiben ja selber welche. Bichsel, Loetscher, Federspiel und wie sie alle heissen.

Wir meinen nur, eine gute Tages-Zeitung braucht man, um jenen Teil der Welt, der noch nicht zu Büchern geworden ist, besser zu verstehen: die Gegenwart.

Und darüber berichtet der Tages-Anzeiger ziemlich umfassend. Da hat die Politik ihre Seiten, und das Lokalgeschehen, die Wirtschaft, der Sport, die Kultur haben die ihren. Ein Magazin am Wochenende nimmt frisch und unvoreingenommen zu Fragen der Zeit Stellung. Und was in Zürich los ist, erfahren Sie selbstverständlich auch.

Unsere Zeitung gehört keiner bestimmten politischen Richtung an – das möchten wir Ihnen ebenfalls sagen. Und das hat den Vorteil, dass darin alle Richtungen zu Wort kommen und man Gegner und Freunde genau kennenlernt.

Zum Schluss müssen Sie noch wissen, dass es bei uns den Studentenrabatt immer noch gibt: 30%. Und es wird ihn geben, solange Sie immatrikuliert sind.

Coupon

Ich möchte gerne eine Zeitung kennenlernen, die mir nach wie vor einen Studentenrabatt von 30% gewährt.

Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.

Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

- ☐ *monatlich Fr. 6.45*
- ☐ *vierteljährlich Fr. 18.55*
- ☐ *halbjährlich Fr. 36.75*
- ☐ *jährlich Fr. 72.80*

Name: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

7408

Bitte ausschneiden und senden an:
Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung
Postfach, 8021 Zürich